Lübecker Volksbote

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung

Der „Lübecker Volksbote" erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, sowie durch die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt bei der Lieferung durch die Austräger vierteljährlich 6.00, monatlich 2.00 Mk.

Redaktion und Geschäftsstelle:
Johannisstraße Nr. 46
Fernsprecher Nr. 920

Die Anzeigengebühr beträgt für die siebengespaltene Petitzeile oder deren Raum 110 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 100 Pfg., Reklamen 320 Pfg. — Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 10 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 52. Dienstag, den 2. März 1920. 27. Jahrg.

Die Reaktion im Lande.

Von Philipp Scheidemann.

Unter den vielen verlästerten und verspotteten Geheimräten gibt es viel mehr Tüchtigkeit, Fleiß und Gewissenhaftigkeit, als der Fernstehende gemeinhin annimmt. Freilich gibt es unter den Direktoren, Landräten, Geheimräten und Sekretären in den staatlichen und Reichsbureaus auch viel mehr reaktionäre Gesinnung und zielbewußt reaktionäre Tatkraft als mancher sich träumen läßt.

Es wäre direkt unsinnig, verlangen zu wollen, daß ein bisher konservativ gesinnter, kaiserbegeisterter Mann sich über Nacht — und hätte er diese Nacht selbst zur Lektüre der kaiserlichen Randbemerkungen verwendet — in einen überzeugten Republikaner verwandeln soll. Das ist natürlich auch nirgends verlangt worden. Vielfach aber sind Beamte des alten Systems am Tage nach dem Umsturz an die neuen Männer herangetreten mit der Versicherung, daß sie „schon immer" zur Sozialdemokratie sich bekannt hätten und nun froh seien, offen für ihre Ueberzeugung eintreten zu können. Natürlich hat es in Wirklichkeit Beamte gegeben, die ihre freiheitliche Gesinnung sorgfältig verbergen mußten; aber im allgemeinen haben die so plötzlich Sozialdemokraten Gewordenen wohl keinem Menschen imponiert; sie sind vermutlich auch überall mit der nötigen Vorsicht behandelt worden.

Die Beamten verdienen Achtung, die, obwohl sie keinesfalls einverstanden sind mit dem Umschwung der politischen Verhältnisse, trotzdem ihre Amtspflichten weiter erfüllen, weil sie erkannt haben, daß im Interesse des Volksganzen nirgends Stockungen eintreten dürfen, daß fleißig gearbeitet werden muß, nicht nur in Bergwerken und Eisenbahnbetrieben, sondern auch in den privaten und staatlichen Schreibstuben. Sie denken an die „gute alte Zeit" zurück, haben sich aber überzeugt, daß deren Wiederkehr ausgeschlossen ist und dienen deshalb in loyaler Weise, wenn auch schmerzbewegt, dem Neugewordenen. Das ist der alte, tüchtige Geheimrat, dem die Pflichterfüllung über alles geht.

Es gibt aber noch einen anderen Typ, das ist der in der Verwaltung oder der Schule tätige Streber, der bis auf die Knochen konservative oder antisemitische ehemalige Korpsstudent und Reserveoffizier, der unter allen Umständen Karriere machen wollte, oder seinem „blauäugigen, blonden Germanenjungen" oder Mägdelein als unvergleichlicher Held erscheinen will.

Doch wir wollen uns nicht bei der Vorrede aufhalten. Es soll rund heraus gesagt werden: **die reaktionären Beamten und Lehrer sind eine große Gefahr für die junge deutsche Republik.** Wer außerdem die Augen nicht gewaltsam verschließt vor dem, was von reaktionären Reichswehroffizieren geleistet wird, dem wird auch die Forderung nicht unberechtigt vorkommen, daß es die höchste Zeit ist, hier und dort gründliche Auskehr zu halten. Wer der Republik aus Gründen seiner Ueberzeugung nicht loyal dienen kann, oder wer sich berufen fühlt, für die Wiederherstellung der Monarchie und der Klassenrechte zu wirken, der soll auch soviel Mannesmut aufbringen, seinen Dienst zu quittieren. Wer von den Herrschaften aber trotz aller heldenhaften Reden und Taten diesen Mut nicht aufbringen kann, oder wer lediglich im Amte bleibt, um es für reaktionäre Zwecke zu mißbrauchen, **der muß von seinem Amte entfernt werden.**

Ungemein lehrreich ist sicherlich der Prozeß Erzberger—Helfferich. Was für einen Bienenfleiß müssen, da viele Beamte in vielen Aemtern entwickelt haben, um alle die Hölzer zu sammeln, aus denen der Scheiterhaufen errichtet worden ist, um den allzu betriebseifrigen Matthias darauf zu verbrennen.

Ein anderes Beispiel. Ein Geheimrat in einer Provinzialregierung beruft die Redakteure der Tageblätter zusammen, um sie an der Hand der von ihm entsprechend erläuterten Akten gegen seinen (sozialdemokratischen) Minister zu hetzen. Die Tatsache wurde sofort festgestellt. Trotzdem war der Mann 24 Stunden später noch im Amte. Vielleicht ist er es heute noch, nach 14 Tagen.

Was im Lande an reaktinoärer Arbeit geleistet wird, ist, wie befürchtet werden muß, in Berlin nicht genügend bekannt und kann infolgedessen auch nicht in der erforderlichen Weise beachtet und bekämpft werden. Besonders schlimm haben sich die Verhältnisse an den höheren Schulen gestaltet. Nicht nur Lehrer betätigen sich in der Schule offen regierungsfeindlich und reaktionär, auch unverständige Eltern tragen die Politik in die Schule, besonders aber geschieht das von solchen jungen Leuten, die vor ihrem Felddienst den Realschulen und Gymnasien angehört haben, dann als Leutnant zurückgekehrt sind und nicht recht wissen, was sie nun anfangen sollen. In einer Provinzstadt haben jüngst Gymnasiasten zu Hunderten, ausgerüstet mit Pfeifen, Stinkbomben und ähnlichen geistigen Waffen, eine Volksversammlung, in der ein Rabbiner über den Antisemitismus sprach, in der ungezogensten Weise gestört. Das war freilich nur möglich, weil die Arbeiterschaft in jener Versammlung nur sehr schwach vertreten war. Aehnliche Berliner Fälle sind zu bekannt, als daß es sich lohnte, hier auf sie zurückzukommen. Unsere Genossen werden gegebenenfalls energisch zur Selbsthilfe greifen und die Herren Jungens, die sich in irgendeiner Versammlung unliebsam bemerklich machen sollten, mit Denkzetteln heimschicken, die in deutlicher Keilschrift abgefaßt sind.

Für die Schulen liegt freilich ein dringender Notstand vor — für Lehrer und Schüler, ja für das ganze Volk. Der gesamte Unterricht war bis zur Revolution eingestellt auf den deutschen Sieg über den französischen „Erbfeind", den Kult der großen Männer, der siegreichen Heerführer, deren größter — wenn auch nur im Manöver — der Kaiser selbst war. Von alledem ist nichts geblieben. Aus dem Sieg von 70/71 ist die große Katastrophe von 1918 geworden. Der Kaiser und der Kronprinz sind geflohen. Die Monarchie ist erledigt. Die Revolution hat Männer aus dem Volke zur Regierung gebracht. Von diesen neuen Männern, die dafür gesorgt haben, daß Deutschland bisher von dem furchtbarsten Bürgerkrieg verschont geblieben ist, wird aber vielfach in den Schulen in so infamer Weise gesprochen, daß die Erregung, die in manchen Schülerkreisen besteht, durchaus verständlich ist. Für den Schüler ist der Lehrer eine Autorität auch auf politischem Gebiet.

Es muß der heranwachsenden Jugend, die seither vornehmlich für Könige, Prinzen und Prinzessinnen begeistert worden ist, ein neues, besseres Ideal gegeben werden. Rücksichtslose Wahrheit über den Zusammenbruch und seine Ursachen, ohne Gehässigkeit natürlich, ist notwendig. Sie wird das Verständnis für den die Welt erobernden demokratischen Gedanken erleichtern und die freie Bahn klar erkennen lassen, die dem Tüchtigen und vom Vertrauen des Volkes Getragenen zu jedem Amte führen kann. Das ist eine Aufgabe für wirkliche Pädagogen. Diese ausfindig zu machen und sie an die Stelle der Demagogen in den Schulstuben zu setzen, ist vornehmlich Aufgabe der Kulturministerien, die dabei von allen modern denkenden Schulmännern unterstützt werden müssen.

Allen denen, die offen oder geheim für die Wiederherstellung des zusammengebrochenen Systems wirken, soll ganz offen noch dies gesagt werden: Die Annahme, daß die Arbeiterschaft sich wieder eines der Rechte nehmen ließe, die ihr die Revolution gebracht hat, ist töricht. Ein Sieg der Reaktion könnte ebenso wie ein Sieg der Rätediktatoren höchstens zwei bis drei Tage dauern. Gegen die Diktatur von der äußersten Linken würde innerhalb weniger Stunden alles Volk zusammenstehen, das von Diktatur nichts wissen will. Gegen die Reaktion von rechts ständen wiederum zusammen nicht nur alle wahrhaft demokratisch Gesinnten in Stadt und Land, sondern auch alle Sozialisten von Auer bis Zubeil.

Jeder Versuch, eine neue gewaltsame Umwälzung herbeizuführen, ist ein Verbrechen am deutschen Volke, weil er mit absoluter Notwendigkeit zum blutigen Bürgerkriege führen muß. Jeder solche Versuch wäre schon deshalb ein Verbrechen, weil die Verfassung des republikanischen Deutschland — im Gegensatz zu der des Wilhelminischen — die Möglichkeit gibt, für jedes politische Ziel eine Mehrheit zu sammeln, deren Willen unter allen Umständen durchzusetzen ist. Daß eine Minderheit regieren kann und die Mehrheit sich fügen wird, das wird niemand glauben, es sei denn, daß er die Novembertage von 1918 verschlafen hätte.

(„Vorwärts".)

Deutsche Nationalversammlung.

Zweite Lesung des Reichseinkommensteuergesetzes.

141. Sitzung.

Montag, den 1. März. 1 Uhr.

Am Regierungstisch: Müller, David, Noske, Schiffer, Moesle.

Vor Eintritt in die Tagesordnung kündigt Abg. Cohn (US.) einen Antrag auf Aufhebung des Ausnahmezustandes für den Regierungsbezirk Düsseldorf an.

Das Gesetz zur **Ergänzung des Gesetzes zur Verfolgung von Kriegsverbrechen und Kriegsvergehen** wird ohne Aussprache dem Verfassungsausschuß überwiesen.

Darauf: **Fortsetzung der zweiten Beratung des Reichseinkommensteuergesetzes.**

§ 2 handelt von der persönlichen Steuerpflicht.

Abg. Dr. Becker-Hessen (DVP.) beantragt einen Zusatz auf Befreiung der im Auslande liegenden Grundstücke und Gewerbebetriebe, die bereits am 31. Juli 1914 Eigentum des Steuerpflichtigen waren, um eine Doppelbesteuerung zu vermeiden.

Nach Ausführungen des Berichterstatters und eines Regierungsvertreters wird der Antrag abgelehnt und § 2 unverändert angenommen. Die folgenden 10 Paragraphen werden ohne Aussprache angenommen.

Ueber § 12, der das nichtversteuerbare Einkommen behandelt, entspinnt sich eine längere Debatte.

Abg. Dr. Blunck (Dem.) beantragt, die Steuerbefreiung auch auf die Teuerungszulagen auszudehnen, die auf Grund des Kolonialbeamtengesetzes von 1910 gewährt werden.

Abg. Wetzlich (DN.): Wir beantragen, daß die Frist für die steuerliche Belastung des Grundbesitzwechsels von 10 auf 5 Jahre herabgesetzt wird.

Abg. Seeger (US.): Die Bestimmung, daß die Naturalbezüge der Angehörigen der Wehrmacht steuerfrei sind, ist eine ungehörige Bevorzugung der Reichswehr. Wir beantragen Streichung.

Abg. Becker (DVP.) unterstützt den Antrag Wetzlich.

Abg. Dernburg (Dem.) lehnt den Antrag Seeger ab.

Unterstaatssechretär Moesle weist auf die Unmöglichkeit der Behörde hin, nachzuweisen, ob ein Erwerb zu spekulativen Zwecken erfolgte. Er bittet deshalb, den Antrag Wetzlich abzulehnen.

Der Antrag Blunck wird angenommen.

Die Abstimmung über den Antrag Wetzlich macht Schwierigkeiten, da eine Mehrheit nicht ersichtlich ist. Für den Antrag stimmen mit den Rechtsparteien das Zentrum und einige Demokraten.

Die Abstimmung muß durch Hammelsprung erfolgen. Es stimmen 87 Abgeordnete dafür, 100 dagegen. Das Haus ist also beschlußunfähig. Der Präsident beraumt die nächste Sitzung auf eine Viertelstunde später an.

Zweite Sitzung.

Präsident Fehrenbach: Die Abstimmung über den Antrag werden wir natürlich jetzt nicht vornehmen. Vielleicht gelingt es den Fraktionsführern, das Pflichtgefühl ihrer Fraktionsgenossen so weit zu stärken, daß wir im Laufe dieser Woche noch einmal zu einem beschlußfähigen Hause kommen. Ich bitte dringend darum. (Allseitige Zustimmung.)

§ 12 wird im übrigen angenommen.

Zu § 13 beantragt Abg. Wetzlich (DN.) erweiterte Abzugsfähigkeit des Abnutzungswertes der Gebäude und Inventarien.

Abg. Gothein (Dem.): Eine Erweiterung der Abzugsfähigkeit ist in der Tat notwendig. Wir beantragen für die kleineren Einkommen die Beiträge zu politischen oder kulturfördernden Vereinigungen steuerfrei zu lassen, besonders in Anbetracht der Tatsache, daß die Wohlfahrtseinrichtungen auch in Zukunft von Reich oder Staat allein nicht übernommen werden können. Dazu sind wir zu verarmt. Schon im Alten Testament ist gesagt, daß man den Zehnten von allem, was man hat, den Armen geben soll.

Unterstaatssekretär Moesle: Steuerfreie Rücklagen zu schaffen, ist zweifellos richtig; aber man darf darin nicht zu weit gehen. Der Antrag Gothein müßte zunächst einmal neu geprüft werden.

Abg. Gothein stellt seinen Antrag bis zur dritten Lesung zurück.

Abg. Becker (DVP.) beantragt, die Abzugsfähigkeit der Beiträge zu den öffentlich-rechtlichen Berufsvertretungen, wie Handelskammern, Landwirtschaftskammern usw. Dasselbe muß gelten für die Beiträge zu Berufsverbänden ohne öffentlich-rechtlichen Charakter.

Abg. Dr. Blunck (Dem.): Vernünftige, berechtigte Abschreibungen sollen natürlich berücksichtigt werden. Die Abzugsfähigkeit der Beiträge für die öffentlich-rechtlichen Körperschaften aber hat der Ausschuß abgelehnt, weil daraus der Steuerbehörde große technische Schwierigkeiten erwachsen würden.

Abg. Keil (Soz.) beantragt, daß die Mehraufwendungen für den Haushalt, die durch die Erwerbsfähigkeit der Ehefrau notwendig geworden sind, von dem zu versteuernden Einkommen abgezogen werden würden. Dem Antrag Becker, auch die Beiträge zu Berufsvertretungen abziehen zu lassen, widersprechen wir aus steuerlichen Gründen; die Erleichterungen für den einzelnen sind da geringer als der Steuerentgang des Reiches. Außerdem würden diese Abzüge nicht auf die reinen Berufsvertretungen beschränkt bleiben. Einem ungesetzlichen, selbständigen Abzug muß unter allen Umständen vorgebeugt werden. Sollte der Antrag aber durchgehen, dann muß das Abzugsrecht auch für die übrigen Berufsvertretungen, die Gewerkschaften usw., gelten.

Abg. Mumm (DN.): Wir würden es begrüßen, wenn der Abg. Gothein seinen Antrag erneuern würde, daß auch Beiträge für gemeinnützige Zwecke abzugsfähig sein sollen. Dazu gehören auch die Beiträge für religiöse Gemeinschaften.

Abg. Keil (Soz.): Wir haben die größten Bedenken gegen eine Wiederaufnahme des Antrages Gothein. Außerdem schließen wir uns den warnenden Ausführungen des Unterstaatssekretärs Moesle durchaus an. Denn solange es dem Reiche am allernotwendigsten fehlt, solange nicht einmal den Aermsten, den Kriegsbeschädigten und den Kriegshinterbliebenen, wirksam geholfen werden kann, können wir es unmöglich dem Belieben des Einzelnen überlassen, ob er sich entschließt, den zehnten Teil seines Vermögens herauszugeben. (Beifall links.)

Der Antrag auf erweiterte Abzugsfähigkeit für Erneuerungen und Rückstellungen wird gegen die Stimmen der Rechten und des Abg. Gothein abgelehnt.

Der Antrag Keil (Abzug der Mehrausgaben bei Erwerbstätigkeit der Ehefrau) wird angenommen.

Der Antrag Becker (Abzugsfähigkeit der Beiträge zur Berufsvertretung) wird angenommen.

Im übrigen wird § 18 in der Ausschußfassung angenommen.

§ 15 bestimmt, daß bei der Veranlagung zur Einkommensteuer das Einkomen der Ehegatten zusammengerechnet wird.

Abg. Düwell (Unabh. Soz.): Wir sind gegen die Zusammenrechnung des Einkommens des Ehemannes und der Ehefrau, sofern dieses Einkommen 5000 Mk. übersteigt. Die Ehefrau arbeitet nicht zu ihrem Vergnügen.

Die Abgg. Blunck (Dem.) und Keil (Soz.) wenden sich gegen den Antrag Düwell, der gerade das Gegenteil des Gewollten erreichen würde.

Die Abstimmung über den Antrag wird zurückgestellt.

Zu § 16 beantragt Abg. Wetzlich, daß das Einkommen eines Kindes nur dann dem Einkommen der Eltern zugerechnet werden soll, wenn es sich um Einkommen aus Kapitalvermögen handelt.

Abg. Becker (DVP.): Wir beantragen die Zusammenrechnung nur bei minderjährigen Kindern ohne Rücksicht auf die Art des Einkommens.

Abg. Hesse (Dem.): Dem Antrag Becker können wir nicht zustimmen. Wir beantragen dagegen selbständige Veranlagung des Arbeitseinkommens der Kinder und Zusammenrechnung des sonstigen Einkommens mit dem der Eltern.

Abg. Keil (Soz.): Den Antrag Becker lehnen wir ab. Wir legen entscheidenden Wert darauf, daß die Zusammenrechnung des Einkommens des Haushaltungsvorstandes mit den Arbeitsein-

kommen auch der minderjährigen Kinder unterbleibt. Dem Antrag Weglich stimmen wir zu.

Präsident Fehrenbach: Die verschiedenen Antragsteller einigen sich wohl am besten bis zur dritten Lesung auf eine gemeinsame Sache.

Der § 16 wird hierauf in der Ausschußfassung mit der Aenderung angenommen, daß nur bei minderjährigen Kindern die Zusammenrechnung des Arbeitseinkommens unterbleiben soll.

Die §§ 19 und 20 enthalten die Steuersätze.

Abg. Seeger (Unabh. Soz.): In Anbetracht der ungeheuren Steigerung aller Preise müßte das steuerfreie Einkommen, wenn es die Höhe des Existenzminimums erreichen konnte, mindestens 15 000 Mk. betragen. Die Abzüge dürften nur bis zu dieser Grenze gemacht werden. 3000 Mk. ist aber das Allerwenigste, was wir fordern.

Abg. Blunck (Dem.): Auf kinderreiche Familien ist weitgehende Rücksicht genommen.

Abg. Düwell (Unabh. Soz.): Wir fordern einen Steuersatz von 60 Proz. schon bei 100 000 Mk., ansteigend bis zu 85 Proz. Im Existenzminimum begnügen wir uns mit 3000 Mk. steuerfreiem Einkommen.

Abg. Keil (Soz.): Es ist wahrlich keine schwere Aufgabe, Anträge zu formulieren, die noch viel weitergehen, um so agitatorischen Bedürfnissen noch mehr entgegenzukommen. Ich könnte auch genug soziale Gründe dafür angeben, aber ich wüßte nicht, wie dann das deutsche Staatswesen erhalten werden könnte. (Zuruf des Abg. Geyer: Glauben Sie mit Ihren Anträgen das deutsche Staatswesen erhalten zu können?) Sie haben durch Ihren Antrag ja selbst die Notwendigkeit dazu anerkannt. Im Vordersatz haben Sie es abgelehnt, zu begründen, wie das „kapitalistische Reich" erhalten bleiben soll, und im Nachsatz haben Sie ausführlich Ihren Antrag begründet, der gerade dazu beitragen soll, dies zu tun. — Sachlich haben wir noch zu sagen: wenn man das Existenzminimum freilassen wollte, müßte man natürlich höher gehen. Aber selbst die Herren „Unabhängigen" müssen zugeben, daß dies eine Unmöglichkeit ist, indem sie selbst das Existenzminimum mit 10—12 000 Mk. angeben und doch nur 10 000 Mk. steuerfreies Einkommen verlangen. Es ist eben leider bei dem Steuerelend des Reiches unmöglich, die Sätze frei zu lassen, die heute für die Lebensführung notwendig sind. Dies bedauert niemand mehr als meine Fraktion. Wir müssen uns aber bemühen, um das Manko des Reichsbudgets zu decken, und um gerade auf die wirtschaftlich schwachen Kreise Bedacht zu nehmen, möglichst viel aus den direkten Steuern, wie der Einkommensteuer, herauszuholen, um die, die breiten Massen drückenden ungerechten Steuern möglichst gering gestalten zu können. Die heutige Fassung bedeutet für kinderreiche Familien einen großen Fortschritt gegenüber allen einzelstaatlichen bisherigen Fassungen. Eine alleinstehene Person hat 1500 Mk. steuerfreien Einkommensteil, bei zwei Personen 2000 Mk., bei drei 2700 Mk., bei vier 3400 Mk., bei fünf 4100 Mk., bei sechs 4800 Mk. und bei sieben Familienmitgliedern 7000 Mk., die von der Steuer befreit sind. Wir (zu den Unabh. Soz.) haben mehr Wert darauf gelegt, uns eine Mehrheit für die, die Arbeiterschaft in Wahrheit entlastenden Bestimmungen zu sichern, als nur agitatorische Anträge einzubringen. (Beifall bei der Mehrheit.)

Unterstaatssekretär Moesle: Den Antrag, die steuerfreie Grenze auf 3000 Mk. festzusetzen, bitte ich in Anbetracht des großen finanziellen Ausfalles abzulehnen. Den Antrag des Abg. Blunck begrüße ich mit einem nassen und einem heiteren Auge.

§ 19 wird mit geringen Aenderungen angenommen.

Der Antrag auf Feststellung der steuerfreien Einkommensgrenze auf 3000 Mk. wird abgelehnt.

§ 20, der den Steuertarif enthält, wird in der Fassung des Entwurfes unter Ablehnung der unabhängigen Anträge angenommen.

Damit wird die Beratung abgeschlossen.

Präsident Fehrenbach verliest den bereits angekündigten Initiativantrag des Abg. Cohn (Unabh. Soz.) betreffend Aufhebung der Verordnung des Reichspräsidenten für den Regierungsbezirk Düsseldorf über den Ausnahmezustand.

Abg. Dr. Cohn (Unabh. Soz.) begründet die Dringlichkeit seines Antrags. Die Verordnung stellt den ganzen gesicherten Rechtsstaat in Frage.

Präsident Fehrenbach: Mit Rücksicht auf den Umstand, daß diese Verordnung des Reichspräsidenten doch schon vom 13. Januar stammt, überlasse ich es der Prüfung des Hauses, ob eine so dringliche Behandlung des Antrages erforderlich ist.

Abg. Cohn (Unabh. Soz.): Diese Verordnung vom 13. Januar ist erst am 23. Februar der Nationalversammlung mitgeteilt worden. (Hört, hört!) Das ist eine Verletzung der Verfassung. Auch ist auffallenderweise die Mitteilung an die Nationalversammlung vom Reichswehrminister, statt vom Reichspräsidenten, erfolgt, eine neue Verfassungsverletzung. Das legt die Vermutung nahe, daß diese Verordnung dem Reichspräsidenten garnicht bekannt war.

Abg. Burlage (Z.): Wir erkennen die Wichtigkeit der Angelegenheit an, verwahren uns aber gegen Durchpeitschung, da eine Prüfung noch nicht hat stattfinden können.

Präsident Fehrenbach: Da durch die Erklärung der Redner zweier großer Parteien die Gewähr gegeben ist, daß mindestens 15 Abgeordnete widersprechen, so schlage ich vor, die Anfrage als ersten Punkt auf die Mittwochtagesordnung zu setzen.

Abg. Cohn (Unabh. Soz.): Der Reichswehrminister hat uns diese Verordnung mit dem Bemerken mitgeteilt, daß sie zunächst nur in Düsseldorf Geltung habe. Die Verantwortung für eine etwaige Ausdehnung auf andere Landesteile lehnen wir ab.

Bei der Abstimmung ist die Mehrheit gegen eine Verhandlung am Dienstag. Mit der Verhandlung am Mittwoch ist das Haus einverstanden.

Nächste Sitzung Dienstag 1 Uhr. (Weiterberatung des Einkommensteuergesetzes, Kapitalrentensteuer und Landessteuergesetz.)

Schluß gegen 6 Uhr.

Der Eisenbahnerausstand in Frankreich

Die Mitteilungen über den Eisenbahnerstreik in Frankreich lauten sehr widerspruchsvoll. In Regierungskreisen wird behauptet, daß die Zahl der Streikenden etwa 120—130 000 betrage. Das wäre bei 350 000 Eisenbahnern etwa ein Drittel. Nach dem „Matin" fuhren am Sonntag bereits wieder mehr Züge, als am Sonnabend. Die Kreise des allgemeinen Arbeiterverbandes (C. G. T.) geben die Zahl der Streikenden um 100 000 höher an. Am Sonntag abend streikten nach ihren Angaben bei den Gesellschaften der P. L. M. auf der staatlichen Westbahn und auf der Ostbahn 73 Prozent.

Nach Meldungen aus Genf ist der **Mobilmachungsbefehl Millerands von der Mehrzahl der Eisenbahner befolgt worden.** Der Regierung stehe durch die einberufenen Bahnarbeiter mit den vorhandenen und mit den Freiwilligen so viel Personal zur Verfügung, daß der Verkehr fast auf allen Linien ungefähr aufrecht erhalten werden könne. Ueberdies hätten sich 4000 Schüler polytechnischer Schulen der Regierung zur Verfügung gestellt.

Die „Agence Havas" meldet: Verschiedene Nachrichten aus dem Lande lassen erkennen, **daß der Aufforderung zum Generalstreik sehr wenig nachgekommen wird. Die Wiederaufnahme der Arbeit** ist in einzelnen Orten sehr häufig. So erklärten die Gleisarbeiter von Brest, am Streik nicht teilnehmen zu wollen. Die Arsenalarbeiter lehnen jede Solidarität mit den Streikenden ab. In Agen und Perigueux ist der Streik fast allgemein. Auf der Ostbahn ist die Arbeiterschaft ruhig. In Nantes legte der größte Teil der Arbeiter die Arbeit nieder. Auch in Montauban ist der Streik fast vollständig.

Aus Straßburg meldet „Agence Havas": Sonntag nachmittag wurde in der Schlußsitzung des sozialistischen Kongresses mitgeteilt, **daß die Eisenbahner von Elsaß-Lothringen sich dem Ausstand angeschlossen haben.**

Auf Anordnung der Regierung wurde eine Untersuchung eingeleitet, ob nicht diejenigen, die den Generalstreik erklärten, sich gegen das Gesetz vergangen hätten. Es wurden daraufhin einige Führer verhaftet. Die Regierung ist fest entschlossen, die Achtung vor dem Gesetz aufrechtzuerhalten. Der Militärgouverneur trifft gemeinsam mit dem Polizeipräfekten alle nötigen Maßnahmen, um die Aufrechterhaltung der Ordnung zu ermöglichen. **Umzüge und Zusammenrottungen sind verboten.** Montag vormittag wurden in Paris fünf Personen verhaftet, die das Militär zum Ungehorsam verleitet oder sich Vergehen gegen die Freiheit der Arbeit haben zuschulden kommen lassen.

Die Abstimmung im Osten.

August Winnig, Oberpräsident von Ostpreußen, teilte einem Mitarbeiter des „Vorwärts" mit: Nach Aussagen von Mitgliedern der Ententekommission würde die Abstimmung in Masuren spätestens Juli oder August stattfinden. Die Wahlaussichten könne er auf Grund seiner persönlichen Kenntnisse der Verhältnisse als äußerst gut bezeichnen. Die englische Besatzung verhalte sich durchaus korrekt.

Wie Amerika helfen kann.

TU. Kopenhagen, 1. März. Der Präsident der National-Citybank, Frank Vanderlip, sagte in einer Rede in Neuyork: Europas große Krise stehe für den Sommer dieses Jahres bevor. Amerika könte helfen, wenn es 150 Millionen Dollar zur Abwehr der Hungersnot aufwenden würde; Europa würde dann bis Frühjahr 1921 aushalten können. Gebe Amerika in verständiger Weise Kredit, während die Amerikaner gleichzeitig ihr Geld in europäischen Unternehmungen anlegen, so werde sich Europa allmählich erholen.

Die „Probe"liste.

Von den 46 Personen, die vor den Leipziger Gerichtshof geladen werden sollen, wird England 7, hauptsächlich im Zusammenhang mit dem U-Bootkrieg, Frankreich 12, Belgien 15, Italien, Polen und Rumänien je 4 namhaft machen.

Die Franzosen setzen die Verhaftungen im besetzten Gebiet fort.

TU. Karlsruhe, 1. März. Die Franzosen setzen im Saargebiet im Rheinlande und in der Pfalz die willkürlichen Verhaftungen von Personen fort, die sich nach ihrer Ansicht gewisser Verbrechen im Kriege schuldig gemacht haben. Die französischen Militär- und Polizeibehörden befinden sich im Besitze besonderer Listen, auf denen die Namen der zu verhaftenden Personen vermerkt sind. Die Festnahme und Verschleppung der meist ahnungslosen Personen erfolgt in einer geradezu überfallartigen Weise.

Bisher 250 000 Mann aus Frankreich zurück.

Die Reichszentralstelle für Kriegs- und Zivilgefangene teilt mit, daß bisher rund 250 000 Mann, darunter über 4400 Offiziere, aus den Kriegsgefangenenlagern in Frankreich zurückkehrten. **Durch den Generalstreik der Eisenbahner Frankreichs wurde der Abtransport bisher nicht behindert.** Es trafen noch Sonntag auf den bekannten Linien die üblichen sechs Transporte aus der ehemaligen Kampfzone ein. Auch für Montag lagen schon Meldungen über neuangekommene Transporte vor.

Tumult im polnischen Reichstag.

TU. Warschau, 1. März. Der Reichstag ist in der letzten Sitzung der Schauplatz eines im Warschauer Parlament noch nie erlebten Konfliktes gewesen. Abgeordneter Witos interpellierte den Kriegsminister Lesniewski wegen einer Veränderung des Kriegsministeriums, wonach bei Ansuchen um Aushebung der Bauern zum Militärdienst die Musterungskommission eine Musterung der weiblichen Familienmitglieder vornehmen soll, um festzustellen, ob in der Bauernfamilie sich keine Frauen befinden, welche die Wirtschaft bestreiten können. Diese Musterungen sollten von zwei Aerzten vorgenommen werden. In Wirklichkeit wurden nach Mitteilung des Abgeordneten Witos bei diesen Untersuchungen gröblichster Unfug getrieben. Als Kriegsminister Lesniewski versuchen wollte, diese Verordnung zu rechtfertigen, entstand ein furchtbarer Tumult. Die volksparteilichen Abgeordneten überschütteten den Kriegsminister mit Schimpfworten und behaupteten, **daß nicht einmal im zaristischen Rußland solche Mißbräuche verübt worden sind.** Der Tumult war so stark, daß der Kriegsminister seine Erklärung nicht zu Ende führen konnte und die Sitzung abgebrochen werden mußte.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Parlamentarismus und Korruption.

Wir haben schon wiederholt darauf hingewiesen, daß der „Fall Erzberger" bei einer objektiven Beurteilung der Sachlage keinesfalls als ein Erfolg der Reaktionäre zu buchen sei. Wir hatten keinen Zweifel gelassen, daß, so wenig sympathisch uns auch die Persönlichkeit des Reichsfinanzministers erscheint, uns auch die Persönlichkeit Helfferichs nicht im mindesten an Sympathie zu gewinnen vermöge. Nichtsdestoweniger war von vornherein damit zu rechnen, daß die Presse der Reaktion die Angelegenheit Erzberger nach jeder Richtung hin zu agitatorischen Zwecken ausbeuten werde. Dabei überstürzt sie sich jetzt in einer Weise, die nachgerade anfängt, komisch zu wirken. Nicht allein die Regierung, die Revolution, sowie alles, was mit ihr zusammenhängt, werden durch unsere Alldeutschen im Zusammenhang mit Erzberger gebracht, ihre neueste Entdeckung geht sogar dahin, den Parlamentarismus des neuen Regimes verantwortlich für Erzberger zu machen. So leitet die „Deutsche Zeitung" ihre Montagsbetrachtung frohlockend mit den Worten ein:

„Daß der Fall Erzberger den Satz Parlamentarismus sei gleichbedeutend mit Korruption, wieder einmal mit geradezu klassischer Deutlichkeit erwiesen hat, ist den Mehrheitsparteien im höchsten Grade unangenehm."

Eine schwerere Fälschung der Tatsachen ist wohl kaum möglich. Die überwiegend große Mehrzahl der Herrn Erzberger vorgeworfenen Schiebungen liegt in einer Zeit, die vom Parlamentarismus denkbar weit entfernt war und sich ängstlich hütete, sich dieses verhaßte System zu eigen zu machen. Wenn überhaupt eine bestimmte Art der Politik für Korruptionserscheinungen verantwortlich gemacht werden kann, dann ist es jene geheime Kabinettspolitik des gestürzten Systems, die unter dem Deckmantel des diplomatischen Geheimnisses mit Leichtigkeit Dinge verhüllen konnte, welche das Licht der Oeffentlichkeit zu scheuen hatten.

Die Abfindung der Hohenzollern.

Die sozialdemokratischen Fraktionen der Nationalversammlung und der preußischen Landesversammlung hielten Montag eine gemeinsame Sitzung ab, der u. a. auch Reichskanzler Bauer, Reichsminister des Auswärtigen Müller, Präsident Leinert, Ministerpräsident Hirsch, sowie die preußischen Minister Südekum, Haenisch und Braun beiwohnten. Man beschäftigte sich hauptsächlich mit der Vorlage über die Abfindung der Hohenzollern. In der Aussprache gelangte der Wunsch nach einer reichsgesetzlichen Regelung der Abfindung der Hohenzollern einmütig zum Ausdruck. In später Nachtstunde einigte man sich auf folgenden Antrag: „Die verfassunggebende preußische Landesversammlung wolle beschließen, die Staatsregierung zu ersuchen, bei der Reichsregierung zu beantragen, unverzüglich ein Reichsgesetz herbeizuführen, das die Bestimmung des Artikels 153 der Reichsverfassung zur Geltung bringt, wonach die angemessene Entschädigung und die Zulässigkeit des Rechtsweges für die Enteignung des vormaligen preußischen Königshauses zum Wohle der Allgemeinheit anders bestimmt werden kann." Der Antrag wird bereits heute, Dienstag, in der preußischen Landesversammlung zur Beratung gelangen und voraussichtlich mit großer Mehrheit angenommen werden.

Prozeß Helfferich-Erzberger.

Im Prozeß Helfferich-Erzberger ist Montag die Beweisaufnahme geschlossen worden. Heute, Dienstag, wird der Anklagevertreter sprechen, am Donnerstag Dr. Alsberg als Vertreter Helfferichs. Das Urteil dürfte am nächsten Montag gefällt werden. Da unser ausführlicher Bericht über den letzten Tag der Beweisaufnahme verspätet in unsere Hände gelangte, müssen wir die Wiedergabe bis morgen verschieben.

Kleine politische Nachrichten.

Die Ententekommission in Oberschlesien hat den deutschen Abstimmungskommissar, den früheren Oberbürgermeister von Beuthen, Dr. Brüning, abgelehnt. Die Abstimmungskommission erließ ferner ein Verbot des Grenzübertritts für die Hallertruppen und nahm in mehreren Fällen Verhaftungen und Landesverweisungen vor.

In der Oeffentlichkeit war verschiedentlich von dem bevorstehenden Erlaß eines Reichsmilchgesetzes die Rede. Wie vom Pressedienst des preußischen Landwirtschaftsministeriums indessen mitgeteilt wird, haben grundlegende Beratungen eines solchen Gesetzes bisher nicht stattgefunden.

Der Staatsvertrag des Reiches mit den Ländern über den Uebergang ihrer Eisenbahnen auf das Reich ist Montag von der württembergischen Regierung genehmigt worden.

Im Hultschiner Ländchen südlich Ratibor (O.-S.), das Deutschland an die Tschecho-Slowakei abtreten mußte, wird die tschechische Sprache als Amtssprache gelten.

Auf Veranlassung der jugoslawischen Regierung wurde in Wien der Hofrat Khobuzaries verhaftet und dem Landesgericht überwiesen. Der Verhaftete soll sich an Umtrieben gegen die jugoslawische Regierung beteiligt haben und auch mit der Verschleppung ungarischer Kommunisten nach Ungarn in Zusammenhang stehen.

Nach einer Meldung aus Warschau ist in der lettischen Armee eine große Meuterei bolschewistischen Charakters ausgebrochen.

Die russischen Generale Glasenap und Wladimirow wurden, angeblich auf der Reise nach Deutschland, in Riga auf Veranlassung der englischen Mission verhaftet.

Der Kassationsgerichtshof von Brabant verurteilte vier Mitglieder des Rates von Flandern, die der Delegation angehörten, die sich seinerzeit nach Berlin begeben hatte, in contumaciam zum Tode.

In der Adriafrage hat, wie der „Daily Telegraph" versichert, Präsident Wilson eine Zusatznote geschickt.

Ungarn.

Horthy zum Reichsverweser gewählt.

Die ungarische Nationalversammlung hat Montag den Admiral de Horthy, den Führer der weißen Banden zum Reichsverweser gewählt, worauf dieser den Eid auf die Verfassung ablegte. Die Nationalversammlung beschloß ferner, der Wahl Gesetzeskraft zu geben und ein Ehrenhonorar von 3 Millionen Kronen für den Reichsverweser auszusetzen.

Der neue Redakteur der „Nepszava".

Der Parteivorstand betraute an Stelle des ermordeten Somogyi den Genossen Johann Banczak mit der Leitung der Redaktion der „Nepszava". Banczak war seit vielen Jahren Sekretär des Eisen- und Metallarbeiterverbandes und Redakteur des Fachblattes der Eisen- und Metallarbeiter.

Wie das „Ung. Tel.-Korr.-Bureau" meldet, hat die Militäranwaltschaft die beiden Chauffeure des Automobils verhaftet, dessen Insassen, wie man annimmt, am Morde Somogyis und des jungen Dichters Bacso beteiligt waren. Auch einer der Insassen des Automobils wurde verhaftet. Im weiteren versucht das offiziöse ungarische Bureau in sehr durchsichtiger und plumper Weise die Mordtat den Kommunisten in die Schuhe zu schieben! Die Sache ist so einfältig, daß man den Geisteszustand der Verfasser bedauern muß.

Frankreich.

Deutsches Futter für die Fremdenlegion.

Das „Journal des Debats" meldet aus Lyon, daß dort Montagmorgen hundert russische und deutsche ehemalige Soldaten und Offiziere eintrafen, die sich nach Algerien begeben, um dort in die Fremdenlegion eingereiht zu werden.

Italien.

Unstimmigkeiten in der sozialistischen Partei.

TU. Mailand, 1. März. Eine Versammlung der sozialistischen Fraktionsführer hat mit dem vollständigen Siege der maximalistischen Tendenz geendet. Nur Treves und Turati traten für die gemäßigte Richtung ein. Gleichzeitig fand in Bologna eine stark besuchte sozialistische Versammlung statt, in der eine Tagesordnung angenommen wurde, worin die sozialistische Kammerfraktion beschuldigt wird, die auf dem Parteitage in Bologna aufgestellten Grundsätze mißachtet zu haben.

Türkei.

Alexandrette von Kemal Pascha genommen.

TU. Haag, 1. März. „Exchange" meldet aus Kairo, daß die Türken und Araber Alexandrette, den Haupthafen für Aleppo und Nordsyrien, genommen haben.

Das würde einen bedeutenden Erfolg der nationaltürkischen Bewegung Mustafa Kemal Paschas bedeuten. Der Einzug der Franzosen in Alexandrette erfolgte im Oktober 1918. Eine offizielle Bestätigung der Meldung liegt allerdings noch nicht vor.

Japan.

Auflösung des Parlaments.

Die Kammer wurde bei der Beratung über das allgemeine Stimmrecht aufgelöst. Der Ministerpräsident erklärte, in dieser wichtigen Frage das Volk unmittelbar befragen zu wollen. Ueberall im Lande finden Kundgebungen statt.

TU. Haag, 1. März. Im japanischen Unterhause ereigneten sich sehr erregte Szenen bei der Beratung der Vorlagen über das allgemeine Stimmrecht. **Die Sitzung flog auf, und es kam zu schweren Zusammenstößen zwischen der Polizei und den Abgeordneten in den Wandelgängen.** Bis spät in die Nacht wurde in der Stadt demonstriert. Am Sonnabend waren in London Nachrichten über ernste Vorgänge in Japan verbreitet, die aber von der japanischen Botschaft scharf dementiert werden.

Süd-Afrika.

Vom Rassenkriegsschauplatze.

Aus Johannisburg wird gemeldet: Eingeborene Arbeiter griffen weiße Arbeiter an, als sie in das in der Nähe eines Dorfes liegende Bergwerk einfahren wollten. Es kam zu einer heftigen Schlägerei, bei der 4 Eingeborene getötet und 35 verwundet wurden. Auch mehrere Weiße erlitten Verletzungen.

Vereinigte Staaten.

Ein neuer Zwischenfall an der mexikanischen Grenze.

Aus Tucson (Arizona) wird gemeldet: **Amerikanische Streitkräfte überschritten in Verfolgung von mexikanischen Banditen die Grenze.**

Aus dem Freistaat Lübeck.

Dienstag, 2. März.

Die Lage der Fleischergesellen in Lübeck.

Vom Zentralverband der Fleischer wird uns geschrieben: Kürzlich wiesen wir auf die große Arbeitslosenzahl und deren Ursache hin, sowie auf den Kampf um die Einstellung von Gesellen. Heute wollen wir die Lage der Fleischergesellen in Lübeck behandeln. Da sei zunächst bemerkt, daß die bekannte Demobilmachungsverordnung über die Freimachung von Arbeitsstellen und Einstellung von Arbeitern auf die Fleischergesellen gar keine Wirkung hat. Heute werden fast so gut wie keine Gesellen beschäftigt, mit Ausnahme etlicher Kollegen bei Ahlandt und Schoober, und auch dort nur vorübergehend. Auf dem Schlachthofe arbeiten 26 Gesellen mit einem Durchschnittswochenlohn von 60—70 Mk. Der Einwand, Arbeit außerhalb des Berufes zu suchen, ist schneller gemacht als auszuführen. Die freiwerdenden Stellen beanspruchen zuerst die ungelernten Arbeiter. Wir glauben aber auch ein Recht auf Arbeit und ein Unterkommen im Berufe zu haben. Wenn man auf der einen Seite bemüht ist, für die Existenz der Schlachtermeister zu sorgen, um das „ehrbare Handwerk" zu retten, so haben auch wir ein Recht auf Existenzmöglichkeit. Unsere Hauptverwaltung hatte dieserhalb eine Konferenz mit dem Reichswirtschaftsministerium, dem Arbeitsministerium und der Reichsfleischstelle; weitgehende Unterstützung wurde uns zugesagt. Aus diesem Anlaß machten wir eine Eingabe an das Landesversorgungsamt. Als nicht zuständig wurde die Eingabe an die Schlachtsektion weitergegeben, wo auch eine Einigung erzielt wurde. Nach einem bestimmten Umsatz von Fleisch und durch Erhöhung der Verdienstspanne der Meister aus den Häutezuschlägen, sollte die Einstellung von Gesellen vor sich gehen. Die Zustimmung der Betriebsbehörde und der Preisprüfungsstelle war noch erforderlich, weil die Meister noch eine Eingabe auf Abänderung der Ladenpreise laufen hatten. Die Behörde lehnte unsere Eingabe ab mit der Motivierung, sie sei unbillig und verwerflich. Wenn gesagt wird, die Konsequenz durch unsere Eingabe könnte die sein, daß mit demselben Rechte andere Berufe dasselbe Verlangen stellen könnten, so ist das unzutreffend. Im Freistaat Sachsen ist die Einstellung von Gesellen schon über ein Jahr genau nach demselben Modus geregelt, wie wir sie hier in Lübeck verlangten, und dort haben sich Konsequenzen bis auf den heutigen Tag nicht eingestellt. Oder sollten die Arbeiter in dem hellen Sachsen etwa dümmer sein als in Lübeck? Es scheint aber, als ob die Behörden dort weitsichtiger sind. Was dort möglich ist, muß doch in Lübeck nicht unmöglich sein.

An eine Preiserhöhung, wie sie uns von verschiedenen Seiten vorgeworfen wird, haben wir nicht im entferntesten gedacht. Sie wird jetzt sowieso zur Tatsache werden. Wohl hatten wir mit einer Erhöhung im Höchstfalle von 5 Pfg. pro Pfund gerechnet. Das glaubten wir vor dem Publikum verantworten zu können, weil eine solche Erhöhung nicht als Mittel einer Bereicherung angesehen werden konnte. Man verschone uns also damit, uns die Schuld zu geben, wenn die Hausfrauen am 1. März anfangen müssen, ihre Rechnung umzustellen. Jetzt steht fest, daß nicht unsere Eingabe über Einstellung von Gesellen die Schuld an der Preiserhöhung hat, denn die Eingabe ist abgelehnt, die Preiserhöhung kommt aber trotzdem. Festgestellt sei noch, daß wir diese Erhöhung abgelehnt haben. Wohl haben wir einer Erhöhung der Preise für die Wurst zugestimmt. Dort sind jedoch die Voraussetzungen und die Notwendigkeiten ganz andere als bei der Fleischverteilung. Im nächsten Artikel werden wir uns mit der Arbeitsleistung der Gesellen und dem Fleischverkauf beschäftigen, weil davon in der Ablehnung unserer Eingabe ebenfalls die Rede war.

G. R.

* *

Ueber das Betriebsrätegesetz sprach am Montag im Sozialdemokratischen Verein Genosse Alfred Dreger. Seine gut durchdachten Ausführungen zeigten recht anschaulich den wirtschaftspolitischen Umschwung, den dieses Gesetz herbeizuführen in der Lage ist. Die Licht- und Schattenseiten wurden vom Redner klar in den Vordergrund gestellt und dabei besonders betont, daß mit diesem Gesetz eine Bresche in das Alleinherrschertum des Unternehmers gelegt und der Wirtschaftsdemokratie der Weg geebnet wird. Genügen kann uns als Sozialdemokraten dieses Gesetz noch lange nicht, wir fordern Mitbestimmung in allen Fragen des Arbeiterrechts. Bisher hatte der Arbeiter bei Einführung neuer Arbeitsmethoden fast nur Nachteile, heute muß er vor Einführung solcher gehört werden. Der Nutzen, der für das schaffende Volk aus dem Gesetz erwächst, hängt natürlich vor allem von der Intelligenz des Betriebsrates ab, denn der Arbeiter wird noch lange nicht Besitzer der Produktionsmittel, aber er wirkt bestimmend mit, wie sie angewandt werden sollen. Daß hierbei nicht nur die Vorteile des einzelnen Betriebes ins Auge gefaßt werden darf, sondern das Wohl der Gesamtheit maßgebend sein muß, liegt auf der Hand. Da der Unternehmer vorläufig noch der Gewissenere sein wird, gilt es für den Arbeiter, zu zeigen, daß er seiner Aufgabe gewachsen ist. Ein enges Zusammenarbeiten mit den Angestellten ist sehr zu empfehlen. Es gilt ferner, beabsichtigte Raubzüge der Unternehmer auf die Taschen der Konsumenten möglichst unwirksam zu machen. Genosse Dreger legte das Aufgabengebiet der Betriebsräte im einzelnen klar und wies auf die sich notwendig ergebenden Erweiterungen des Rätewesens hin (Bezirks-, Landes- und Reichswirtschaftsrat). Die Auswirkung des Gesetzes wird sich dann besonders zeigen, wenn Vertreter dieser Wirtschaftskörperschaften vor dem Reichstag ihre Forderungen persönlich vertreten können. Daß dieses Gesetz, aus einer Koalitionsregierung hervorgegangen, auch seine Mängel hat, ist klar. Sie treten hauptsächlich im § 67 hervor, der Betriebe mit politischen, gewerkschaftlichen, militärischen, konfessionellen, wissenschaftlichen, künstlerischen Bestrebungen eventuell ausschließt. Auch auf die Entlassung bei Stillegung von Betrieben soll der Betriebsrat keinen Einfluß haben. Hier haben die Arbeiter ihre ganze Kraft einzusetzen, um Schädigungen zu verhüten und Aenderungen zu erzielen. Die Betriebsräte bedürfen als Rückhalt unbedingt starker Gewerkschaften. Eine Verzettelung der Kräfte durch Hineinzerren politischer Kämpfe muß unter allen Umständen vermieden werden. Keiner darf sich durch linksradikale Worthelden irremachen lassen. Es geschieht schon von reaktionärer Seite genug, um die neuen Arbeiterrechte zu untergraben. Wollen wir diese verderbliche Tätigkeit zurückdrängen, dann geschieht es am besten durch den politischen Wahlkampf. Hier bei dieser Wahl heißt es, die tüchtigsten voranzustellen, die fähig sind, das Wirtschaftsgebiet zu erfassen und die Arbeiterrechte am besten zu wahren. Zum Schluß erläuterte der Referent dann noch das Wahlverfahren und ging auf die in der Diskussion vorgebrachten Fragen näher ein. Diese berührten insbesondere die Ausbildung und Auskunfterteilung. Zu letzterer ist das Arbeitersekretariat jederzeit bereit und der sozialistische Bildungszirkel ist bestrebt, die kommenden Räte in die Einzelheiten des Gesetzes einzuweihen. Auf eine Anfrage wurde erwidert, daß es selbstverständliche Pflicht sei, in einem Betriebe möglichst alle Berufsgruppen im Betriebsrat vertreten zu lassen und nicht die Ueberzahl einer Kategorie auszunützen. Eine weitere Anfrage beantwortete Genosse Dreger dahin, daß auch die Gemeinde- und Staatsbetriebe unter das Gesetz fallen und eine Ausnahme nur die Beamten machten. Für diese werde ein besonderes Gesetz in Betracht kommen. Die vom Genossen G. Ehlers geleitete interessante Versammlung war mit dem Referenten einverstanden und von dem Wunsche beseelt, die neuen Rechte zum Wohle der Arbeiterschaft nach besten Kräften auszunutzen.

Lübsche oder auswärtige Bücklinge? Zu unserem Bericht unter dieser Spitzmarke erhalten wir folgende Zuschrift:

Der Fischindustrie ist einmal und zwar am letzten Freitag ein Quantum von 50 Zentner frischen Heringen zu 80 Pfg. ab Kahn zum Räuchern für die hiesige Bevölkerung zur Verfügung gestellt worden. Di Fischindustrie war sich bereits bei den Abmachungen im Landesversorgungsamt darüber klar, daß aus den ganzen Abmachungen Unzuträglichkeiten beim Kleinverkauf entstehen würden und hat sich daher selbst eine Kontrolle in der Weise geschaffen, daß jede Räucherei die Bücklinge, die sie aus den ihr zugewiesenen Heringen zu 80 Pfg. pro Pfund hergestellt hat, an die Markthalle abliefert. Diese letztere verteilt die billigen Bücklinge dann an sämtliche hiesige Detailgeschäfte und Händler gleichmäßig. Da dieses Quantum und nur die bis heute einmalige Belieferung für den Bedarf Lübecks ja nicht ausreichte, wurde von den Händlern Versandware, die die Fischindustrie zu 1,40 Mk. ab Kahn erhält, bezogen, weil die Nachfrage da war, und die Ladengeschäfte und Händler sich sonst Bücklinge aus Hamburg und Kiel, die pro Kiste 30 bis 32 Mk. und im Kleinverkauf zirka 7 bis 8 Mk. pro Pfund kosten, kommen lassen müßten. Die Fischindustrie kann, da sie die billige Ware restlos und freiwillig wieder abliefert, keinerlei Schiebungen machen. Selbstverständlich ist die Fischindustrie bereit, den Verkauf der teueren Versandware für den Platz Lübeck zu unterlassen, falls dieses gewünscht wird.

Die Fischindustrie Lübeck-Schlutups.

Konsularisches. Der japanische Vizekonsul M. Ohno in Hamburg ist vom Senat auch für das lübeckische Staatsgebiet zugelassen und anerkannt.

Neue Industrie. Die Ed. Cadowschen Erben verkauften nach der „Eisenb.-Ztg." die große an der Schwartauer Allee—Triftstraße gelegene Konservenfabrik an den Hamburger Großindustriellen Gehrckens und den Ingenieur van Grootheest in Lübeck. Diese werden eine neue Maschinen- und Automobilfabrik in großem Stile errichten.

Gewährleistung für eingeschriebene Briefsendungen nach dem Auslande. Im Verkehr mit den Vereinsländern wird die Haftpflicht für eingeschriebene Briefsendungen nach Artikel 8 des Weltpostvertrages wieder übernommen. Einschreibsendungen nach Lettland, Litauen, den Hafenorten des Schwarzen und Asowschen Meeres, dem Kaukasus und Georgien sind bis auf weiteres nur auf Gefahr des Absenders zur Beförderung zugelassen.

Die Liquidierung der Lübecker Vereinsbrauerei wurde in der letzten Generalversammlung mit 68 gegen 4 Stimmen beschlossen. Von der Lübzer Wirtebrauerei ist ein Anerbieten eingegangen, die Aktiven und Passiven der Vereinsbrauerei zu übernehmen. Für eine solche Vereinigung war aber keine Stimmung vorhanden. Die Vorstandsmitglieder Jeitner, Wulf und Hoffmann wurden zu Liquidatoren gewählt.

Preisausschreiben. Zur Erlangung von Entwürfen für die Bebauung des Siedelungslandes an der Dornbreite in Krempelsdorf schreibt die Baubehörde unter den im Freistaat Lübeck und in der Provinz Lübeck ansässigen Architekten einen allgemeinen Wettbewerb aus. Es sind 4 erste Preise von 600 Mk., 4 zweite Preise von 400 Mk. und 4 dritte Preise von 250 Mk. vorgesehen.

Die Volksküche verabreichte im Monat Februar 24 288 Portionen, per Tag 838 Portionen. Ferner wurden abgegeben: 17 063 Portionen Abendessen, 2234 Kinder-Portionen und 7482 Tassen Kaffee.

Der Verein zur Förderung der Geflügelzucht wird am Sonnabend, dem 6. und Sonntag, dem 7. März in der Stadthalle im weißen Saale eine Ausstellung veranstalten. Die bisher eingegangenen Anmeldungen versprechen Gutes.

Wiedergefundenes Auto. Das gestern in Travemünde gestohlene Automobil H L 189 ist in Israelsdorf, von den Dieben verlassen, wieder angefunden worden. Von dem Automobil fehlt ein fertig aufmontiertes Rad. Die Bereifung trägt die Marke Harburg-Wien und ist 820 mal 120 groß. Ferner fehlen die beiden großen messingenen Scheinwerfer, der Entwickler, eine Signalhupe und diverses zum Automobil gehöriges Werkzeug.

Diebstähle. In der Nacht zum 1. d. Mts. ist aus dem Maschinenraum der Lübecker Maschinenbau-Gesellschaft ein Ledertreibriemen von 11½ Meter Länge, 20 Zentimeter Breite und drei Viertel Zentimeter Stärke im Werte von 6000 Mk. gestohlen worden. In derselben Nacht ist auch aus der Waschanstalt der Heilanstalt Strecknitz ein 13½ Meter langer und 16 bis 17 Zentimeter breiter Treibriemen gestohlen worden. Gleichzeitig ist der die Waschanstalt bewachende gelblich-weißer Terrier-Bastard, von der Größe eines Dobermanns auf den Namen „Max" hörend, verschwunden. Wahrscheinlich haben die Diebe den Hund vorher beseitigt, um den Diebstahl ausführen zu können.

Ermittelt und festgenommen wurde ein Arbeiter aus Königsberg, der seitens der Staatsanwaltschaft in Stade wegen schweren Diebstahls gesucht wurde.

Angrenzende Gebiete.

Schwartau. Oeffentliche Versammlung. Es sei nochmals auf die öffentliche Versammlung aufmerksam gemacht, die am heutigen Dienstag abend im „Lübecker Hof", am Markt, stattfindet und in der zu der großen Wohnungsnot Stellung genommen wird.

Schwartau. Ein gutes Geschäft. Die Vereinsbank für Schwartau und Umgegend beabsichtigt nach dem „Anz. f. d. Fürst. Lübeck" in der Generalversammlung für ein dividendenberechtigtes Guthaben von über 50 000 Mk. 10 000 Mk. Kapitalslohn vorzuschlagen.

Schwartau. Der Jugendverein wählte in seiner letzten Monatsbesprechung zum 1. Vorsitzenden den Jugendgenossen Ernst Jelineck. Die Zusammenkünfte finden in Zukunft Dienstags statt, um die Teilnahme an den Turnstunden zu ermöglichen. Folgende Veranstaltungen wurden festgesetzt: Dienstag 2. März: Liederabend, Sonnabend, 6. März: Reigen, Sonntag, 7. März: Tour nach Pansdorf und Umgegend, Abmarsch 2½ Uhr vom Jugendheim, Dienstag, 9. März: Gesellschaftsspiele, Sonnabend, 13. März: Reigen, Sonntag, 14. März: Tour nach Waldhusen im Anschluß der Lübecker Genossen, Abmarsch 3 Uhr vom Jugendheim, Dienstag, 16. März: Vortrag mit Diskussion von Gen. Fick, Sonnabend, 20. März: Plattdeutscher Leseabend von Gen. Belling, Sonntag, 21. März: Besichtigung von Lübeck, Abmarsch 2½ Uhr vom Jugendheim, Dienstag, 23. März: Bunter Abend, Sonnabend, 27. März: Monatsbesprechung, Sonntag, 28. März: Besuch der Jugendgenossen Holstentor-Nord, Dienstag, 30. März: Liederabend. Beschlossen wurde ferner, eine Wandersparkasse einzurichten. Die Agitation unter der schulentlassenen Jugend muß diesen Monat einsetzen. Genosse Nehlsen gab bekannt, daß die sozialdemokratische Fraktion Schwartau sich damit beschäftige, den Jugendverein in eine Klasse der Gewerbeschule unterzubringen.

Eutin. Ueber die Anschlußfrage der Provinz Lübeck findet am Mittwoch abend im Schloßhotel eine öffentliche Versammlung statt. Referenten sind Staatsminister Genosse Stelling und Rechtsanwalt Dr. Görtz (Lübeck).

Hamburg. Zeitungsverbot. Die hiesige Kommunistische Arbeiter-Zeitung ist auf die Dauer von vier Wochen verboten worden. — Wegen Unwirtschaftlichkeit geschlossen. Die Eisenbahn-Gesellschaft Altona-Kaltenkirchen-Neumünster hat ihre Reparaturwerkstatt in Altona wegen angeblicher Unwirtschaftlichkeit vom 1. März 1920 ab bis auf weiteres geschlossen. Die Wiedereröffnung erfolgt demnächst unter neuen Arbeitsbedingungen mit vermindertem Personal.

Kiel. Die Lustbarkeitssteuer ist nun den städtischen Kollegien neu vorgelegt worden. Künftig sollen nicht nur eigentliche Lustbarkeiten, sondern auch andere, unterhaltende und ähnliche Veranstaltungen, die außerhalb der Häuslichkeit stattfinden, von der Steuer erfaßt werden. Dazu gehören auch Tanzlehrzirkel. Die Kartensteuer soll betragen bei Tanzbelustigungen je nach der Höhe des Eintrittsgeldes 20 Pfg. bis 1,20 Mk., für Kinovorführungen für jede Mark Eintritt 25 Pfg., für alle sonstigen Veranstaltungen bei 1 Mk. Eintritt 10 Pfg., bei 2 Mk. Eintritt 20 Pfg., für jede weitere Mark 20 Pfg. mehr. Die Steuer darf nicht vom Eintrittspreis in Abzug gebracht werden.

Oldenburg. Im Landtag wurden über drei von der sozialdemokratischen Partei eingebrachte Interpellationen verhandelt. Die erste Anfrage an die Regierung will wissen, welche Gründe eine Preiserhöhung für Milch und Butter in der vorgenommenen Höhe rechtfertigen. Gen. Heitmann begründete die Interpellation und brachte zum Ausdruck, daß die vom Ministerium festgesetzten Preise zu hoch seien. Damit würde man die Sabotage der Landwirte von Hude usw. in ihrem Bestreben nur begünstigen. Sie hätten im Winter beschlossen und erst vor kurzer Zeit diesen Beschluß wieder erneuert, für die Zwangswirtschaft nichts abzuliefern. Auch der Beirat, der der Fettstelle beigegeben ist, lehnte die Erhöhung in diesem Maße ab. Ministerpräsident Tantzen erklärte, es wäre ihm sehr schwer gefallen, die Erhöhung vorzunehmen, aber im Interesse der Kranken und Säuglinge in den Städten hätte sie vorgenommen werden müssen. Er glaubt, daß die Erhöhung dazu beiträgt, die Landwirte zu ermuntern, möglichst alles abzuliefern. Verordnungen wären erlassen gegen die Erzeuger, aber auch gegen die Arbeiter, die in der Lebensmittelbranche nicht ihre Pflicht täten. Die Agrarier behaupten, weil der Kunstdünger so sehr im Preise gestiegen sei, müßten sie mehr für Milch und Butter haben. Sie geben vor, auch mit dieser Bezahlung noch nicht auskommen zu können. Der Ministerpräsident ging scharf mit den Agrariern ins Gericht und betonte, die Landwirtschaft stehe am besten da. Er würde dafür sorgen, daß auch sie ihre Pflicht der Bevölkerung gegenüber tun müßte. Die Agrarier beschwerten sich, daß der Ministerpräsident Tantzen nur ihnen und nicht den Sozialdemokraten Vorhaltungen machte. Die Redner des Zentrums hielten natürlich mit den Agrariern. Es ist bekannt, daß im oldenburgischen Münsterlande am meisten Lebensmittel verschoben worden sind. Statistisch wurde vom Ministerium nachgewiesen, daß das Münsterland am wenigsten abgeliefert hat. Die Abg. Jordan (Soz.) und Heitmann (Soz.) faßten Agrarier und Zentrum scharf an die Nieren. Der oldenburgische Landtag hat solche hochpolitischen Debatten lange nicht mehr gehabt. Ein Jünger der München-Gladbacher Schule polemisierte gegen die Sozialdemokratie und den Ministerpräsidenten. Letzterer parierte sehr geschickt und teilte ordentliche Hiebe gegen diesen Zentrumsmann aus. — Die Interpellation betreffend Nutzbarmachung der staatlichen Moore wurde vom Gen. Jordan begründet. Die Regierung antwortete, die Maßnahmen, die sie bezüglich Oldenburg getroffen habe, werde über die schwierigen Verhältnisse der Brennstoffversorgung hinweghelfen. Die nächste Interpellation: Wie rechtfertigt die Regierung den hohen Verkaufspreis für Schuhwaren, begründete Heitmann (Soz.) Minister Meyer beantwortete die Interpellation: Der oldenburgische Vertreter beim Reichsrat sei angewiesen, alles zu tun, was zur Verbilligung der Schuhwaren beitragen könne. — Die nächste Plenarsitzung findet Dienstag, den 2. März statt.

Neueste Nachrichten.

Gemeindeweise Abstimmung in Oberschlesien.

TU. Berlin, 2. März. Nach einer Breslauer Meldung der „Vossischen Zeitung" ist über die Abgrenzung des Abstimmungsgebietes von Oberschlesien eine Verordnung herausgekommen. Nach ihr wird das Ergebnis der Volksabstimmung gemeindeweise festgestellt. Vor dem Herbst wird die Abstimmung auf keinen Fall erfolgen.

Budapester Mörderbande.

TU. Budapest, 2. März. Man kennt bereits die Namen der Mörder der beiden sozialdemokratischen Redakteure Somogy und Bacsa. Die Mörder sind: der Oberleutnant Hojjares, der Baron Nopsa, der Baron Prionce, der Leutnant Jschesesik, der Gendarmerieoberleutnant Paglu und der Feldwebel Dobula. Trotzdem schreitet die Militärbehörde nicht zur Verhaftung der Genannten. — Inzwischen werden zwei neue Mordtaten gemeldet: Der Oberbeamte des Budapester Postsparkassenamtes, Bola Neumann, der durch Zufall Kenntnis von einigen Einzelheiten der Mordtaten bekam, wurde in eine Kaserne geschleppt und dort entmannt (?). Er starb an den Folgen einer Blutvergiftung. Auf dieselbe grausame Weise wurde der Ingenieur Stefan Müller ermordet.

Stellungnahme der christlichsozialen Partei Ungarns zur Königsfrage.

TU. Budapest, 2. März. Die christlichsoziale Partei hat sich vollständig auf den legitimistischen Standpunkt gestellt und erklärt, daß Ungarn garnicht das Recht zustehe, eine neue Königswahl auszuschreiben, da Kaiser Karl noch immer rechtmäßiger Herrscher von Ungarn sei. Der Abgeordnete Kovacz hat eine Interpellation eingebracht, in welcher die Frage aufgeworfen wird, ob Kaiser Karl jetzt noch in rechtlichem Sinne Herrscher ist. Ueber den Antrag wird namentlich abgestimmt werden.

Verantwortlicher Redakteur: Otto Friedrich.
Verleger: Th. Schwartz. Druck: Friedr. Meyer & Co.
Sämtlich in Lübeck

Hallo — Achtung!

Zweigel ist wieder da!

Zahle für

alte Gebisse bis 10000 Mk.

Kein Zahn mit echten Stiften **unter 15** Mark.

Platin, Altgold, Altsilber usw., Ketten, Ringe, Broschen zu den denkbar höchsten Preisen. (2253

Zweigel Lübeck, Hüxstrasse **99**

im Laden.

Preisausschreiben

zur Erlangung von Entwürfen für die Bebauung des Siedelungslandes an der Dornbreite in Krempelsdorf,

schreibt die Baubehörde unter den im Freistaat Lübeck und in der Provinz Lübeck ansässigen Architekten einen allgemeinen Wettbewerb aus.

Zur Preisverteilung gelangen 10 000 Mk. und zwar sind vorgesehen:

4 erste Preise von Mk. 600,–
4 zweite „ „ „ 400,–
4 dritte „ „ „ 250,–

Außerdem ist in Aussicht genommen, bemerkenswerte Entwürfe anzukaufen.

Eine andere Verteilung der Gesamtsumme bleibt vorbehalten, jedoch mit der Einschränkung, daß höchstens 12 Preise gebildet werden dürfen.

Das Preisrichteramt haben übernommen die Herren:

1. **Senator Dr. Kalkbrenner, Lübeck,**
2. **Baudirektor Baltzer, Lübeck,**
3. **Professor Mühlenpfordt, Braunschweig,**
4. **Regierungsbaumeister Blohm, Hamburg,**
5. **Lehrer Maschke, Lübeck.**

Die Wettbewerbsunterlagen sind für 6,— Mk. vom Bauamt, hierselbst, Mühlendamm 10, zu beziehen. Die Entwürfe sind bis zum 15. Mai 1920 in geschlossenem Umschlag, mit einem Motto versehen, an das Bauamt Lübeck einzureichen. Die Kosten für die Wettbewerbsunterlagen werden bei Einlieferung eines Entwurfes zurückerstattet.

Lübeck, den 25. Februar 1920. (2272

Die Baubehörde.

Reichsbund der Kriegsbeschädigten, Kriegsteilnehmer und Kriegshinterbliebenen. Ortsgruppe Lübeck.

Mitgliederversammlung der Kriegshinterbliebenen

am Donnerstag, dem 4. März 1920, abds. 7½ Uhr, in der Zentralhalle. (2287

Unsere Geschäftsstelle — Dankwartsgrube 20—22 — ist vom 4. März ab von morgens 10—11 u. nachm. von 4—6 Uhr geöffnet. Mittwochs u. Sonnabends geschlossen.

Arbeitnehmerverband für das Friseur- und Haargewerbe.

Oeffentl. Versammlung

Mittwoch, den 3. März, 8¼ Uhr abends, im Restaurant „Bürgerverein“, Königstraße.

Tagesordnung:

Wie erreichen wir die Sonntagsruhe im Friseurgewerbe? Referent Kollege **Etzkorn,** Berlin.

Das Erscheinen aller Kollegen und Kolleginnen ist dringend geboten. (2302) **Der Vorstand.**

Voranzeige!

Der große Schlager!

„Nachtasyl“

Bilder aus der Tiefe in 1 Vorspiel und 5 Akten nach Motiven (2300 von Maxim Gorki.

In den Hauptrollen:
Dir. Rudolf Meinert u. **Maria Foresen.**

Der große Schlager!

Stadthallen-Lichtspiele.

Kolosseum.

Jeden Mittwoch:

Großer Ball.

Anfang 6 Uhr. (2251) **Heinr. Ohde.**

Konsumverein für Lübeck u. Umgegend

e. G. m. b. H.

Durch die rechtzeitige und ausschließliche Anmeldung

der neuen Lebensmittelkartenhefte

während der Zeit **vom 3. bis 8.** März in unseren Warenabgabestellen unterstützen die Mitglieder uns in unseren Dispositionen und

fördern die Organisation der Verbraucher.

Der Vorstand.

2268

Echt Rostocker

Kautabak

Friedensware
große Rolle Mk. 2,—
Brennstoff für Feuerzeuge
2262) empfiehlt
H. Vick, Zigarrengeschäft, Untertrave 66.

Wieder eingetroffen:

Charleville.

Dunkle Punkte aus dem Etappenleben.
Von Dr. Wilhelm Kappes, Dortmund.
Mk. 1.50.

Buchhdl. Friedr. Meyer & Co.

Die neuen Postgebühren

(gültig ab 1. Oktober 1919)
Preis 25 Pfg.
Buchhandlung
Friedr. Meyer & Co.

Konzerthaus Lübeck.

Morgen Mittwoch:

Grosser Benefiz-Ball

für die Hausangestellten. (2265

Musik: Künstlerkapelle Sulanke.

Kassenöffnung 6½ Uhr. Anfang 7 Uhr.
Hierzu ladet freundlichst ein **Frau Ida Eeg Wwe.**

Stadthallen-Lichtspiele
Mühlendamm 13
Fernsprech 874 7

Das größte u. modernste Lichtspiel-Theater am Platze

Vom 27. Februar bis 4. März:

!! Der sprechende Film !!

! Filmoperette!

Wer nicht in der Jugend küßt

Lustspiel in 5 Akten.

Außerdem:

Die Seemannsbraut

Eine Sage vom See in 4 Akten.

Eine unruhige Nacht

Lustspiel in 3 Akten.

Aufführungszeiten: 4—7 und 7—10 Uhr.

Erhöhte Preise! (2277

FLEDERMAUS

Kabarett-Diele. Fünfhausen 17/19.

Allabendlich 8—12 Uhr.

Das März-Programm!

Schlager auf Schlager! 2275

Gastspiel des berühmten Opernsängers

Guido Herper,

der phänomenale Heldenbariton.

Zera Zobel, der neue Tanztyp.	**2 Mexitas,** exotischer Tanzfetisch.
Hellas-Trio, griechische Gladiatoren in höchster Vollendung.	
Elvira Largeth, humoristische Soubrette	**James und Gaby,** mondänes Tanzpaar.
Jainceiks, auf künstlicher Eisbahn	**Georg Neumüller,** bayr. Komiker.

2 Orchester: Dirig. Simon de Weille

Täglich 4-Uhr-Tee: Auftreten der Künstler. Weille-Konzert.

Zentral-Theater

25, Johannisstraße 25.

Vom Dienstag, d. 2. bis einschl. Freitag, d. 3. März

Der Seelenkäufer.

Drama in 4 Akten. In der Hauptrolle
Bernd Aldor.

Frauen, die nicht heiraten sollten.

Das Problem der Ehe und der freien Liebe.
Drama in 5 Akten.
Nach einem Motiv. Bearbeitet von **Edmund Edel** und **Eugen Illes**
mit **Esther Carena.**

Außerdem ein **Kriminalroman** in 4 Akten mit
Ellen Richter.

Zu jedem Film sinnentsprechende erstklassige Musikbegleitung. 2296

Friedrichshof.

Jeden Mittwoch: Kassenöffnung 6½ Uhr. (2250

Gr. Tanzkränzchen

Verband der Buchbinder und Papierverarbeiter.

Zahlstelle Lübeck.

Mitglieder-Versammlung

am Mittwoch, d. 3. März
abends 7 Uhr
im Gewerkschaftshaus.

Gauleiter Kollege **Küster-Hamburg** spricht über den Reichstarif.

Pünktliches u. zahlreiches Erscheinen ist notwendig.

2295 **Der Vorstand.**

Deutscher Transportarb.-Verb.

Ortsverwaltung Lübeck.

Versammlung

der

Hafenarbeiter
(Schauerleute, Kaiarbeiter Kohlenarbeiter usw.)
am Mittwoch, dem 3. März
abends 7½ Uhr
im Lokale von Friedr. Leuder, Hundestr. 41.

Tagesordnung:

Festlegung der Arbeitszeit für die Sommermonate.

2288) **Die Ortsverwaltung.**

Hansa-Theater

2264

Dienstag Förster-Christel

3. und 4. März:

Gastspiel
Edgar Pauly
v. Metropoltheater Berlin.

Mittwoch:
Ein Walzertraum.

Donnerstag:
Das Dreimäderlhaus.

Stadttheater Lübeck

(2271

Dienstag, den 2. März:
Anfang 7 Uhr:
23. Vorstellung im Dienstag-Abonnement
Robert Guiskard.
Ein Fragment von Heinrich von Kleist.
Der zerbrochene Krug.
Lustspiel in 1 Akt von Heinrich von Kleist.

Mittwoch, den 3. März:
22. Vorstellung im Mittwoch-Abonnement.
Der Freischütz.

Donnerstag, den 4. März:
Veranstaltung im Faustzyklus für Schüler und Volkshochschule.
Vortrag.
Hierauf:
Der wundertätige Magus.

Freitag, den 4. März:
23. Vorstellung im Freitag-Abonnement:
Falstaff.

Beilage zu Nr. 52.
27. Jahrgang.

Lübecker Volksbote

Dienstag, den 2. März 1920

Die Legende vom Oberbonzen.

Im Zentralorgan der U. S. P. D., der „Freiheit", begann Sonntag eine „Legende in zwei Kapiteln" zu erscheinen, die der Parteivorsitzende Arthur Crispien verfaßt hat. Kein Mensch, der diese Legende liest, wird sie ohne weiteres verstehen. Es ist darin die Rede von einem Arbeiterjungen, der von früher Jugend an begeistert für den Sozialismus gearbeitet hatte, im Kriege wahre Heldentaten für den revolutionären Sozialismus verrichtete, in der Revolution immer in den ersten Reihen focht, nach 25 Jahren Parteiarbeit Oberbonze wurde und in einer Mitgliederversammlung seiner Partei kürzlich heruntergeschrien wurde wie noch nie, weil er für ein paar verurteilte „Bonzen" eintrat, deren Absetzung die porige Parteiversammlung beschlossen hatte. Hauptreiber bei diesem Niederschreien sei ein akademisch geschulter Jurist gewesen, ein radikaler Bonzenfresser, der nicht dulden wollte, daß man den einmal gefaßten Absetzungsbeschluß nochmals erörterte und deshalb von der Versammlung bejubelt wurde.

Soweit das erste Kapitel der Legende. Wir sind in der glücklichen Lage, das erste und zweite Kapitel dieser Legende durch ein paar Namen und Tatsachen in das Reich der Wirklichkeit hineinzuführen und den wahrhaft ergötzlichen Vorfall, der aus dem Vorsitzenden der U. S. P. D. einen frommen Legendendichter gemacht hat, kurz zu erzählen.

Im Anschluß an den „Unabhängigen"-Putsch vom 13. Januar und seine Niederschlagung versuchten die „Unabhängigen" wieder einmal in Berlin den Generalstreik zu entfesseln. Das mißlang ihnen gründlich: unsere Genossen in den Fabriken machten den Schwindel nicht mehr mit und selbst die „unabhängigen" Arbeiter waren des ewigen Mißbrauchs ihrer Opferwilligkeit müde. Unter den ganz vereinzelten Teilstreiks, die ausbrachen, war ein solcher auf dem Charlottenburger Gaswerk. Eine brutale Minderheit zwang dort zum Löschen der Feuer, legte das Gaswerk still, prügelte die arbeitswilligen Arbeiter hinaus, wobei es sogar zu einer sehr bösen Körperverletzung kam und schädigte durch den Streik das Gaswerk und das Stadtvermögen um sehr große Summen. Die streikenden Arbeiter wurden sämtlich wieder eingestellt, weil sie sich mit Recht dadurch entschuldigt fühlen konnten, daß man ihnen vorgelogen hatte, die Gewerkschaft hätte den Streik beschlossen und er sei in Berlin ganz allgemein. Aber eben gegen diese Lügner und gewalttätigen Menschen leitete der Magistrat eine Untersuchung ein, die zur Entlassung zweier Hauptschuldiger führte, während einige andere einen Verweis erhielten, da ihnen gegenüber die Zeugenaussagen im Laufe der Zeit unsicher wurden. Dieser Gasarbeiterstreik beschäftigte wiederholt die Gasdeputation und die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Charlottenburg. Die „Unabhängigen" waren dabei in einer üblen Lage, weil die Arbeiterbevölkerung, die 24 Stunden nicht hatte kochen können und im Dunkeln saß, auf die streikenden Gasarbeiter gar nicht gut zu sprechen war. Die „unabhängigen" Stadträte erklärten also zunächst, sie müßten grundsätzlich anerkennen, daß ein Betrieb, wie das Gaswerk, in Gang erhalten werden müsse; wer es mit Gewalt oder Lüge stillege, verdiene Strafe. Auch konnten die „Unabhängigen" nicht gut leugnen, daß die demokratisch-sozialistische Mehrheit des Magistrats und der Stadtverordnetenversammlung den Fall ruhig und objektiv untersucht hatte. Aber trotzdem kamen sie schließlich darauf hinaus, daß die Arbeiter eben streiken dürften, und daß eine strenge Bestrafung ihr Streikrecht einschränken würde. Und so stimmten sie nach vielem Wenn und Aber gegen die Entlassung. Darauf schimpften sie auf die Mehrheitssozialisten und dachten, alles wäre nun in Ordnung.

Nun hat es aber bis vor kurzem bei den Charlottenburger „Unabhängigen" einen Stadtverordneten Dr. Broh gegeben. Dieser wackere Mann versucht schon seit etwa fünfzehn Jahren — mit Unterbrechungen — durch die Arbeiterbewegung eine Rolle zu spielen. Um 1915 machte er sich an den damaligen revisionistischen Flügel heran. Aber dort erkannte man bald seine Minderwertigkeit und ließ ihn abfallen. Er trat dann einem strammen nationalen Ruderverein bei, meierte sich bei den Behörden an und wurde endlich Königl. preußischer Justizrat. Während des Krieges war er fanatischer Chauvinist. 1917 erschien von ihm in der „Glocke" ein Aufsatz, in dem er den rücksichtslosen U-Boot-Krieg verherrlichte und Englands vollständige Niederwerfung als Kriegsziel verkündete. Einige weitere Artikel, in denen er den Brest-Litowsker Frieden feierte, wurden von der „Glocke" und der „Internationalen Korrespondenz" wegen ihres chauvinistischen Inhalts abgelehnt. Wieder war Dr. Broh gekränkt, und nun ging er zu den „Unabhängigen", wurde juristischer Beistand des Leichenmüller im Vollzugsrat (gegen 50 Mk. Tagesdiäten), Verehrer des Rätesystems und USPD.-Stadtverordneter. In der Stadtverordnetenversammlung blamierte er sich durch blödes Schimpfen auf die Sozialdemokraten so sehr, daß seine eigenen USPD.-Leute ihn wiederholt verleugneten und er schließlich sein Mandat niederlegte.

Jetzt beim Gaswerksstreik hat er seine Revanche genommen und in der USPD.-Organisation durchgesetzt, daß die „unabhängigen" Stadtverordneten getadelt wurden, weil sie die streikenden Arbeiter nicht energisch genug geschützt hätten, und daß die „unabhängigen" Stadträte abberufen würden. Diese weigerten sich aber zu gehen und holten den Parteivorsitzenden Crispien zu Hilfe, der denn auch in Charlottenburg von den USPD.-Leuten unter Führung von Dr. Broh prompt niedergeschrien wurde.

Und jetzt wimmert eben dieser Arthur Crispien in der „Freiheit": „Niemand kann sich selbst zum Bonzen oder Oberbonzen machen. Er wird von seinen Genossen gewählt, weil er sich bewährt und Vertrauen erworben hat. Wird nun ein bewährter Genosse in dem Augenblick ein schlechter Kerl, wo ihm die Genossen durch die Wahl zu einem Amt ihr Vertrauen bekunden? Durchaus nicht! .... Unser Oberbonze wurde beschimpft wie noch nie in seinem Leben. Wörter wie „Bremser", „Oberbonze", „Schieber", „Verräter" waren vielleicht noch nicht einmal die schlimmsten."

So geht die Klage über drei Spalten. Und jedes Wort, das Crispien schreibt, ist wahr. Nur eine einzige Anmerkung ist zu machen: Die Hetze gegen die „Bonzen" war im Kampfe gegen die Sozialdemokratie Crispiens Lebenselement, und das Niederschreien des unbequemen Gegners wird von der U. S. P. D. überall systematisch organisiert. Wenn dann irgendwo in Stadt oder Staat, in Gewerkschaften oder Genossenschaften die USPD.-Leute mitregieren und Verantwortung tragen sollen, dann ernten sie an Beschimpfung, was sie selbst an Demagogie gesät haben. Der Charlottenburger Fall hat sich ganz ähnlich jüngst in Neukölln wiederholt und trägt sich alle Tage irgendwo im Deutschen Reiche zu. Die U. S. P. D. geht an ihrer eigenen Demagogie zugrunde, und der niedergeschriene Crispien klagt zu spät, klagt nur sich selber an.

So sind die Herren Agrarier.

Auf Banerort (Kreis Ueckermünde) wohnt ein Herr Major a. D. Stampe, der eine wirkliche „Musterwirtschaft" führt. Bei einer Revision wurden Zustände vorgefunden, die, nach dem Stettiner „Volksboten", deutlich eine bewußte Sabotage erkennen lassen. Von zwölf Milchkühen hat dieser Herr in einem Vierteljahr gerade ein Pfund Butter abliefern lassen, und diese war noch dazu völlig ranzig und schmutzig, so daß sie wegen Ungenießbarkeit zurückgegeben wurde. Ein 16 Zentner schwerer Bulle, der von der Kommission zur Ablieferung bestimmt war, ist „irgendwohin" verkauft worden. Niemand kann angeben, wer der Käufer ist. Von 300 Zentner abzuliefernden Kartoffeln ist bis heute noch nicht ein einziger Zentner geliefert worden. Auf Befragen, wo sich die Kartoffeln befinden, wies der Herr Major nach dem Felde, wo noch heute die Kartoffeln in der Erde stecken. Die 20 Kühe, welche im Stalle stehen, sind so mager, daß eine Abnahme für zwecklos gehalten wurde, weil niemand das Fleisch kaufen würde. Bei der Getreideablieferung mußte der Zwangsausdrusch vorgenommen werden. Auf Vorhalt, daß solche Zustände wirklich skandalös seien, erklärte dieser Herr, er wolle das Gut verkaufen; für eine halbe Million würde er es losschlagen.

Sollte der Staat wirklich keine Machtmittel besitzen, um Leute dieser Art, es sind Verbrecher am Volke, zur Raison zu bringen? Denn diese Fälle der Sabotage sind, wenn auch vielleicht nicht so kraß, durchaus nicht vereinzelt. So wird von dem Herrn von Gerke, Heinrichshof (Kreis Anklam), berichtet, daß dieser Herr Ueckermünder Arbeitern, welche Kartoffelland zur Aberntung pachten wollten, 500 Mk. für den Morgen abverlangt habe, wodurch die gute Absicht der Arbeiterschaft, die Feldfrüchte der menschlichen Ernährung zuzuführen, vereitelt wurde, und daher noch ca. 100 Morgen Kartoffeln, in der Erde stecken geblieben sein sollen, was schließlich auch die Absicht der Agrarier ist.

Rücksichtsloses Zupacken seitens der Regierung — Enteignung und Zwangswirtschaft — wird bei der arbeitenden Bevölkerung Zufriedenheit erwecken und das Vertrauen zur Regierung stark heben.

Aus dem Freistaat Lübeck.

Dienstag, 2. März.

Das Betriebsrätegesetz.

Der soz. Bildungszirkel hat es sich zur Aufgabe gemacht, seine Teilnehmer über das Betriebsrätegesetz näher unterrichten zu lassen und diese mit allen Einzelheiten, dieses für die Arbeiterschaft so überaus wichtigen Gesetzes vertraut zu machen. An allen drei Abenden (Dienstag, Mittwoch und Donnerstag, abends 7 Uhr) wird für die nächste Zeit in der Marienschule „Langer Lohberg" nur dieses Thema zum Vortrag gelangen. Jeder Genosse sollte es sich zur Pflicht machen, daran teilzunehmen, um sich volle Klarheit zu holen über die Vorteile, die in diesem Gesetze für die Arbeiterschaft enthalten sind, um bei der praktischen Ausführung tatkräftig mitarbeiten zu können. Denn die Arbeiterschaft selbst hat es jetzt in den Händen, wie sich in Zukunft ihr Geschick in diesen Fragen gestalten wird. Darum Genossen, aufgepaßt, damit man nicht versucht, Euch bei der praktischen Anwendung dieses Gesetzes in den einzelnen Betrieben die Vorteile zu entwinden. Hinein in den soz. Bildungszirkel, dessen Aufgabe es ist, die Genossen über soziale Fragen zu unterrichten. Besonders empfehlenswert ist der Donnerstag abend, an welchem das Thema „Das Betriebsrätegesetz in der Praxis" behandelt wird. Anmeldungen nehmen die Obleute der Arbeitsgemeinschaften an den betreffenden Abenden entgegen. Reichhaltige soz. Literatur steht jedem Teilnehmer zur freien Verfügung. Max Geißler.

Schutz gegen die Grippe.

Die Grippe ist äußerst ansteckend, wird vor allem übertragen durch Anhusten, Niesen und unmittelbare Berührung. Darum vermeide, so viel Du kannst, die Nähe von hustenden Personen zu Epidemiezeiten. Vermeide nach Möglichkeit den Aufenthalt in geschlossenen Räumen, wo sich viele Menschen aufhalten. Bei den ersten Krankheitserscheinungen, wie Fieber, Husten, Schnupfen, Abgeschlagenheit, Gliederschmerzen, lege Dich sofort ins Bett und sorge für ärztliche Hilfe. Schone Dich in der Rekonvaleszenz und gehe nicht zu zeitig wieder an Deine Arbeit. Schüler und Schülerinnen, die zur jetzigen Epidemiezeit die leichtesten Anzeichen von Grippe oder Bronchialkatarrh bieten, sollen unter allen Umständen vom Schulbesuch ferngehalten werden. Jeder tut gut, zu Zeiten einer schweren Grippe-Epidemie mehrmals täglich mit einer leicht desinfizierten Lösung (z. B. von Wasserstoffsuperoxyd, einen Teelöffel auf ein Glas Wasser, oder von essigsaurer Tonerdelösung, 20 Tropfen auf ein Glas Wasser) energisch zu gurgeln und den Mund zu spülen, sowie vor dem Einnehmen der Mahlzeiten die Hände gründlich zu waschen. — Diese Vorsichtsmaßregeln werden vom preußischen Landesausschuß für Volksbelehrung empfohlen.

*

Vorsicht beim Einkauf von Kerzen. Immer wieder werden im Handel Kerzen zu Preisen angeboten, die weit über die festgesetzte Höhe hinausgehen. Jede Packung von Kerzen muß auf der Außenseite in einer für den Käufer leicht erkennbaren Weise in deutscher Sprache folgende Angaben enthalten: 1. den Namen und die Firma, sowie den Ort der gewerblichen Hauptniederlassung desjenigen, der die Kerzen hergestellt hat; 2. den Kleinverkaufspreis für die ganze Packung, bezw. für die einzelne Kerze; 3. die Anzahl der in der Packung enthaltenen Kerzen. Einzelne Kerzen dürfen nur aus den dazu gehörigen Packungen verkauft werden, so daß der Käufer sich von der Richtigkeit des verlangten Preises überzeugen kann. Dasselbe gilt auch für die Auslandskerzen. Alle Kerzen, welche zu höheren Preisen angeboten werden, sind unbedingt zurückzuweisen unter gleichzeitiger Anzeige. Die Preise sind für Paraffinkerzen von 500 Gramm 7,15 Mk. für das ganze Paket, die einzelne 6er-Kerze kostet 1,20 Mk., die einzelne 8er-Kerze 90 Pfg.; für Paraffinkerzen von 330 Gramm 4,72 Mk. für das ganze Paket, die einzelne 6er-Kerze kostet 79 Pfg., die einzelne 8er-Kerze 59 Pfg.; für Nachtlichte, Schachtel mit netto 250 Gramm 6 Mk., mit 220 Gr. 5,30 Mk., mit 200 Gr. 4,80 Mk.

Overbeck-Gesellschaft. Die allgemeine Wohnungsnot, deren kulturwidrige Folgen sich für den einzelnen schon solange fühlbar machen, droht nun auch die Ausstellungstätigkeit der Overbeck-Gesellschaft in Gefahr zu bringen. Die ungewöhnlich günstig gelegenen stattlichen und stimmungsvollen Räume im Hause Königstraße 9, die es vor zwei Jahren möglich machten, die Gesellschaft

Aquis submersus.

Novelle von Theodor Storm.

7. Fortsetzung.

Bei diesem Wort jedennoch sah ich aus seinen Augen einen raschen Blick gleich einer Messerspitzen nach mir zücken.

Wir hatten nun weitere Störnis nicht zu leiden, und mit der Jahreszeit rückte auch die Arbeit vor. Schon stand auf den Waldkoppeln draußen der Roggen in silbergrauem Blust, und unten im Garten brachen schon die Rosen auf; wir beide aber — ich mag es heut wohl niederschreiben —, wir hätten itzund die Zeit gern stille stehen lassen; an meine Botenreise wagten, auch nur mit einem Wörtlein, weder sie noch ich zu rühren. Was wir gesprochen, wüßte ich kaum zu sagen; nur daß ich von meinem Leben in der Fremde ihr erzählte und wie ich immer heimgedacht; auch daß ihr güldener Pfennig mich in Krankheit einst vor Not bewahrt, wie sie in ihrem Kinderherzen es damals fürgesorget, und wie ich später dann gestrebt und mich geängstet, bis ich das Kleinod aus dem Leihhaus mir zurückgewonnen hatte. Dann lächelte sie glücklich; und dabei blühete aus dem dunklen Grund des Bildes immer süßer das holde Antlitz auf; mir schien's, als sei es kaum mein eigenes Werk. — Mitunter war's, als schaue mich etwas heiß aus ihren Augen an; doch wollte ich es dann fassen, so floh es scheu zurück; und dennoch floß es durch den Pinsel heimlich auf die Leinewand, so daß mir selber kaum bewußt ein sinneberückend Bild entstand, wie nie zuvor und nie nachher ein solches aus meiner Hand gegangen ist. — — Und endlich war's doch an der Zeit und festgesetzet, am andern Morgen sollte ich meine Reise antreten.

Als Katharina mir den Brief an die Base eingehändigt, saß sie noch einmal mir genüber. Es wurde heute mit Worten nicht gespielet; wir sprachen ernst und sorgenvoll miteinander; indessen setzete ich noch hie und da den Pinsel an, mitunter meine Blicke auf die schweigende Gesellschaft an den Wänden werfend, deren ich in Katharinens Gegenwart sonst kaum gedacht hatte.

Da, unter dem Malen, fiel mein Auge auch auf jenes alte Frauenbildnis, das mir zur Seite hing und aus den weißen Schleiertüchern die stechend grauen Augen auf mich gerichtet hielt. Mich fröstelte, ich hätte nahezu den Stuhl verrücket.

Aber Katharinens süße Stimme drang mir in das Ohr: „Ihr seid ja fast erbleichet; was flog Euch übers Herz, Johannes?"

Ich zeigte mit dem Pinsel auf das Bild. „Kennt Ihr die, Katharine? Diese Augen haben hier all die Tage auf uns hingesehen."

„Die da? Vor der hab' ich schon als Kind eine Furcht gehabt, und gar bei Tage bin ich oft wie blind hier durchgelaufen. Es ist die Gemahlin eines früheren Gerhardus; vor weit über hundert Jahren hat sie hier gehauset."

„Sie gleicht nicht Euerer schönen Mutter", entgegnete ich; „dies Antlitz hat wohl vermocht, einer jeden Bitte nein zu sagen."

Katharina sah gar ernst zu mir herüber. „So heißt's auch", sagte sie; „sie soll ihr einzig Kind verfluchet haben; am andern Morgen aber hat man das blasse Fräulein aus einem Gartenteich gezogen, der nachmals zugedämmet ist. Hinter den Hecken, dem Walde zu, soll es gewesen sein."

„Ich weiß, Katharina; es wachsen heut' noch Schachtelhalm und Binsen auf dem Boden."

„Wisset Ihr denn auch, Johannes, daß eine unseres Geschlechtes sich noch immer zeigen soll, sobald dem Hause Unheil droht? Man sieht sie erst hier an den Fenstern gleiten, dann draußen in dem Gartensumpf verschwinden."

Ohnwillens wandten meine Augen sich wieder auf die unbeweglichen des Bildes. „Und weshalb", fragte ich, „verfluchte sie ihr Kind?"

„Weshalb?" — Katharina zögerte ein Weilchen und blickte mich fast verwirret an mit allem ihrem Liebreiz. „Ich glaub', sie wollte den Vetter ihrer Mutter nicht zum Ehgemahl."

„War's denn ein gar so übler Mann?"

Ein Blick fast wie ein Flehen flog zu mir herüber, und tiefes Rosenrot bedeckte ihr Antlitz. „Ich weiß nicht", sagte sie beklommen; und leiser, daß ich's kaum vernehmen mochte, setzte sie hinzu: „Es heißt, sie hab einen andern liebgehabt; der war nicht ihres Standes."

Ich hatte den Pinsel sinken lassen; denn sie saß vor mir mit gesenkten Blicken; wenn nicht die kleine Hand sich leis aus ihrem Schoße auf ihr Herz geleget, so wäre sie selber wie ein leblos Bild gewesen.

So hold es war, ich sprach doch endlich: „So kann ich ja nicht malen; wollet Ihr mich nicht ansehen, Katharina?"

Und als sie nun die Wimpern von den braunen Augensternen hob, da war kein Hehlens mehr; heiß und offen ging der Strahl zu meinem Herzen. „Katharina!" Ich war aufgesprungen. „Hätte jene Frau auch dich verflucht?"

Sie atmete tief auf. „Auch mich, Johannes!" — Da lag ihr Haupt an meiner Brust, und fest umschlossen standen wir vor dem Bild der Ahnfrau, die kalt und feindlich auf uns niederschauete.

Aber Katharina zog mich leise fort. „Laß uns nicht trotzen, mein Johannes!" sagte sie. — Mit selbigem hörte ich im Treppenhause ein Geräusch, und war es, als wenn etwas mit dreien Beinen sich mühselig die Stiegen heraufarbeitete. Als Katharina und ich uns deshalb wieder an unsern Platz gesetzet und ich Pinsel und Palette zur Hand genommen hatte, öffnete sich die Tür, und Bas' Ursel, die wir wohl zuletzt erwartet hätten, kam an ihrem Stock hereingehustet. „Ich höre," sagte sie, „Er will nach Hamburg, um den Rahmen zu besorgen, da muß ich mir nachgerade doch Sein Werk besehen!"

Es ist wohl männiglich bekannt, daß alte Jungfrauen in Liebessachen die allerfeinsten Sinne haben und so der jungen Welt gar oft Bedrang und Trübsal bringen. Als Bas' Ursel auf Katharinens Bild, das sie bislang noch nicht gesehen, kaum einen Blick geworfen hatte, zuckte sie gar stolz empor mit ihrem runzeligen Angesicht und fragte mich alsogleich: „Hat denn das Fräulein Ihn so angesehen, als wie sie da im Bilde sitzet?"

Ich entgegnete, es sei ja eben die Kunst der Malerei, nicht bloß die Abschrift des Gesichts zu geben. Aber schon mußte an unsern Augen oder Wangen ihr Sonderliches aufgefallen sein, denn ihre Blicke gingen sprühend hin und wieder. „Die Arbeit ist wohl bald am Ende?" sagte sie dann mit ihrer höchsten Stimme. „Deine Augen haben kranken Glanz, Katharina; das lange Sitzen hat dir nicht wohl gedienet."

Ich entgegnete, das Bild sei bald vollendet, nur an dem Gewande sei noch hie und da zu schaffen.

„Nun, da braucht Er wohl des Fräuleins Gegenwart nicht mehr dazu! Komm, Katharina, dein Arm ist besser als der dumme Stecken hier!"

Und so mußt' ich von der dürren Alten meines Herzens holdselig Kleinod mir entführen sehen, da ich es eben mir gewonnen glaubte; kaum daß die braunen Augen mir noch einen stummen Abschied senden konnten.

* * *

Am andern Morgen, am Montag vor Johannis, trat ich meine Reise an. Auf einem Gaule, den Dieterich mir besorget, trabte ich in der Frühe aus dem Torweg; als ich durch die Tannen ritt, brach einer von des Junkers Hunden herfür und fuhr meinem Tiere nach den Flechsen, wann schon selbiges aus ihrem eigenen Stalle war; aber der oben im Sattel saß, schien ihnen allzeit noch verdächtig. Kamen gleichwohl ohne Blessur davon, ich und der Gaul, und langeten abends bei guter Zeit in Hamburg an. Am andern Vormittage machte ich mich auf und befand auch bald einen Schnitzer, so der Bilderleisten viele fertig hatte, daß man sie nur zusammenzustellen und in den Ecken die Zieraten darauf zu tun brauchte. Wurden also handelseinig, und versprach der Meister, mir das alles wohlverpacket nachzusenden.

(Fortsetzung folgt.)

zu gründen und die wechselnden Kunstausstellungen zu beginnen, müssen nun schleunigst geräumt werden, um dem Reichsfinanzamt Platz zu machen, das am 1. April dort seine Tätigkeit eröffnen will. Wenn die Overbeck-Gesellschaft ihre Arbeit nicht aufgeben will, ist sie gezwungen, sich mit irgend einem mehr oder weniger brauchbaren Provisorium solange zu behelfen, bis der Staat oder kunstfreundliche Stifter ihr zu einem würdigen dauernden Heim verhelfen, in dem sie dann den Segen ihrer kunstfördernden Tätigkeit auch breiteren Massen des Volkes zugute kommen lassen kann. Eine vorläufige Unterkunft wird wahrscheinlich in den oberen Räumen des Schabbelhauses gefunden werden, wo die schon seit langem geplante nächste Ausstellung stattfinden wird: sie ist der Lübecker Malerin Maria Slavona, einer Tochter des verstorbenen Herrn Theodor Schorer gewidmet.

Hansatheater. Edgar Pauly vom Metropoltheater in Berlin, der auch dem Lübecker Publikum von früherer Zeit her bekannt ist, wird am 3. März im „Walzertraum" und am 4. März im „Dreimäderlhaus" gastieren.

Aus dem Parteileben.

Totenliste der Partei. Ein furchtbar schwerer Schlag hat die bekannte österreichische Genossin Therese Schlesinger in Wien betroffen. Freitag nachmittag wurde ihre Tochter Anna Frey, Ehefrau des Genossen Dr. Frey, die man bereits seit vier Tagen vermißt hatte, in einer Kammer des Kellers, die äußerst selten betreten wird, da sie nur den Hausgasometer enthält, von einem Installateur tot aufgefunden. Die Feststellungen ergaben, daß Anna Frey durch einen Schnitt mit dem Rasiermesser ihrem Leben ein plötzliches Ende bereitet hat. Anna Frey war sozusagen in die Sozialdemokratie hineingeboren worden; ihre Mutter, die Genossin Therese Schlesinger, und ihr Onkel Gustav Eckstein haben das junge Mädchen schon frühzeitig mit sozialistischer Erkenntnis und sozialistischem Fühlen erfüllt. So war ihr der Sozialismus zum ganzen Inhalt ihres Lebens geworden. Als Bildungsbeirat in der Jugendorganisation und im letzten Jahre als Redaktionssekretärin des „Kampf" hat sie schlicht, anspruchslos, aber mit unermüdlichem Eifer, mit seltener Hingebung ihre Arbeit geleistet. Wohl lebte sie mit dem Genossen Dr. Josef Frey in einer glücklichen, durch enge geistige Gemeinschaft begründeten Ehe. Aber von Zeit zu Zeit befiel die junge Frau — sie ist nur 30 Jahre alt geworden — ein grundloses Verzweifeln an sich selbst, an der eigenen Leistungsfähigkeit. Einem Anfall dieser Krankheit, denn eine Krankheit war es, ist sie erlegen, wie aus den Briefen hervorgeht, die sie für Mutter und Gatten hinterlassen hat. Ehre ihrem Andenken!

Arbeiterbewegung.

Die Bergarbeiterstreiks im Ruhrrevier beendet. Die Teilstreiks der Bergarbeiter im Bottroper Revier sind, wie von zuständiger Stelle mitgeteilt wird, vollkommen beendet. Alle Belegschaften sind wieder voll eingefahren.

Reich und Ausland.

Der Mausoleums-Einbruch aufgeklärt. Unter dem dringenden Verdacht, an dem Einbruch in das Mausoleum in Charlottenburg zum mindesten beteiligt gewesen zu sein, ist der Schankwirt Heinrich Hörold aus der Rosinenstraße 7 in Charlottenburg verhaftet worden. Er ist der Anführer bei einem Einbruch in die Zigarettenfabrik von Josetti gewesen; in seiner Wirtschaft wurden große Mengen von Diebesgut gefunden. Seine Vergangenheit ist dunkel. Hörold hat sich die Wirtschaft erst vor kurzem gekauft; vor dem Kriege war er mittellos. Hörold bestreitet den Einbruch in das Mausoleum. Das nach dem Einbruch in die Zigarettenfabrik beschlagnahmte Einbrecherwerkzeug paßt nun genau in die Eindrücke, die an den Metallsärgen vorgefunden wurden. Die Kriminalpolizei ist eifrig beschäftigt, die Grabschändung aufzuklären und geht auch weiteren Spuren nach, die sich im Laufe die Vernehmungen und Ermittlungen ergeben haben.

Die Zahl der Besucher der Leipziger Mustermesse hat bis Sonntag abend fast 90 000 erreicht.

80 Zentner Kartoffeln verheimlicht. Das Landgericht Dresden verurteilte den Gutsbesitzer Finke aus Löthein bei Weißen wegen Verheimlichung von 80 Zentnern Kartoffeln zu 10000 Mk. Strafe oder einem Jahr Gefängnis.

Große Schiebungen wurden in Augsburg aufgedeckt und bereits mehrere Verhaftungen vorgenommen. Es handelt sich in einem Falle um etwa 1000 Zentner Hafer und in anderen Fällen um Militärschuhe, Kerzen, Salvarsan usw. im Werte von 1 Million Mark.

Was man für ein Pferd zahlt. Aus London wird berichtet: Der Vollbluthengst Tracery ist nach Buenos Aires um 285,000 Dollar verkauft worden, den höchsten Preis, der jemals für ein Vollblut gezahlt worden ist.

Theater und Musik.

Wagners „Lohengrin" bewährte am Sonnabend seine alte Zugkraft: das Theater war wieder bis auf den letzten Platz besetzt. Die Aufführung brachte zwei Gastspiele: Helvoirt Pel, der einst mehrere Jahre unserem Theater als Heldenbariton verpflichtet war, sang den Telramund. Als Elsa bewarb sich Liane ter Meer-Pricken um das Fach der jugendlich dramatischen Sängerinnen. Die beiden Gäste boten keinerlei sonderliche Ueberraschung. Pels Bariton ist zwar in allen Lagen von großer Ausgeglichenheit, aber es fehlt ihm an dramatischer Ausdrucksfähigkeit und Temperament. Sein Telramund ließ bei aller Gesangskultur ziemlich kühl und riß nicht mit fort. Gewiß, Telramund ist eine mehr passive Natur; alle seine Handlungen stehen unter dem Einfluß der dämonischen Ortrud. Aber immerhin ist Ortrud nur der Antrieb. Danach ist Telramund er selbst. Die Elsa Liane ter Meer-Prickens ließ sich besonders im 2. und 3. Akte gut an. Ihr Sopran ist kraftvoll, ausgiebig und auch dramatischer Steigerung fähig. Das Spiel zeigte angenehme Formen und seelische Vertiefung. Trotzdem will es uns etwas riskant erscheinen, auf dieses eine Gastspiel hin die Anstellung zu befürworten. Wir wollen es kurz machen: ihrer Elsa fehlte das Jugendlich-Innige, Zarte, Keusche, der Duft rührender Unschuld. Eine große Ueberraschung war für uns Kurt Heimberg, der als Lohengrin in Gesang und Darstellung wirklich gut war. So ökonomisch ging er mit seinen Stimmitteln um, daß er auch noch das Gralslied zu einem Treffer ersten Ranges zu gestalten vermochte. Von Szene zu Szene wuchs er über sich selbst hinaus. Nach diesem ganz überraschend guten Erfolge sollte man dem jungen Sänger ruhig weitere größere Rollen anvertrauen. Er hat die Kraft dazu und wird sie auch zu gebrauchen wissen, nachdem er sich ihrer bewußt geworden ist. Die ränkesüchtige Ortrud wurde von Lisa Ludewigs-Korte mit großer Verve gesungen und gespielt. Josef Immendorf war als König Heinrich von schlichter Eindringlichkeit; gesanglich kommt man bei ihm stets auf die Kosten. Ganz prächtig war Helmut Seiler als Heerrufer. Die Männerchöre bedürfen, besonders im zweiten Akte, noch mancher Retouche, und zwar schleunigst. Der Aufbau der Szenen macht ebenfalls manche Korrektur notwendig. Es widerspricht dem einfachsten Anstand, daß Lohengrin und andere dem Könige zumeist nur die Rückseite zeigen. Nach dem großen Loch zu schließen, das über der Burg klaffte, muß wohl der Himmel über Antwerpen im 10. Jahrhundert ein großes schwarzes Loch aufgewiesen haben!? -o-

Das sechste Sinfonie-Konzert stand im Zeichen einer Uraufführung. Von Walter Braunfels kam die „Ammenuhr" zum Vortrag. Der Text ist des „Knaben Wunderhorn" entnommen, jener wunderbaren Sammlung von Liedern, Romanzen und Balladen vergangener Zeiten, die einst Clemens Brentano und Achim von Arnim mit wahrem Bienenfleiß zusammengebracht haben, und die eigentlich in keiner deutschen Familie fehlen sollte. Braunfels hat das Kinderlied für Orchester und Knabenchor geschrieben. Seine Musik ist geschmackvoll, wie alles, was wir bisher von diesem Komponisten gehört haben, und bilderreich. Sie untermalt nicht nur den Text, sondern weitet sich selbst zu einem musikalischen Gemälde von leuchtenden Farben aus. Der Knabenchor wurde von etwa 80 Schülern der Oberrealschule, des Johanneums und Katharineums gesungen. Franz v. Hoeßlin stand als Steuermann auf der Kommandobrücke und lenkte mit seinem Stäbchen Orchester und Knabenchor mit Geschick in den sicheren Hafen. Chor und Orchester hielten sich wacker. Der Beifall war groß. Der persönlich anwesende Komponist, der in Lübeck kein Unbekannter mehr ist, konnte für die äußerst beifällige Aufnahme dankend quittieren. Vorauf war C. M. v. Webers ebenso köstliche wie liebliche „Euryanthe"-Ouvertüre gegangen, ein glänzendes sinfonisches Gemälde voll Weberschen Geistes. Für den zweiten Teil des Konzerts war ursprünglich die „Fantastische Sinfonie" von Hector Berlioz vorgesehen. Sie mußte indessen vom Programm in letzter Stunde wieder abgesetzt werden, weil dem Verein der Musikfreunde die finanziellen Anforderungen der Hilfsmusiker, deren Heranziehung notwendig gewesen wäre, zu hoch erschienen. Als Ersatz bot Franz von Hoeßlin aus seinem eigenen Schatzkästlein drei Kammerstücke für kleines Orchester. Es war das erste, was wir an Eigenem von dem begabten Dirigenten hörten. Der Eindruck, den die drei Stücke hinterließen, vervollständigte das Bild, das wir bisher von ihm gewonnen haben. Wie er als Dirigent kein bloßer Ruderknecht ist, um einen Ausdruck Franz Liszts zu gebrauchen, der mit seinem Stäbchen den Musikern nur den halben oder Vierteltakt klopft, sondern einer, der versucht, ins Innere der Dinge zu dringen, um der Musik den Stempel seiner Persönlichkeit aufzudrängen, so schreibt er auch als Komponist seine eigene musikalische Handschrift. Nicht immer ist sie leicht zu deuten, aber sie hat Charakter. Das Publikum zeichnete den Dirigenten und Komponisten durch starken Beifall aus. Zum Schluß wurden auf vielfachen Wunsch Max Regers Variationen und Fuge über ein Thema von Beethoven wiederholt.

—o—

Bekanntmachung.

Auf Anordnung des Reichskommissars für Wohnungswesen tritt ab 1. März d. J. eine Neuregelung der Zementbewirtschaftung in Kraft.

Die Zementverbraucher haben danach künftig ihren für Hochbauten und für Kleinhandel benötigten Bedarf an Zement für den kommenden Monat spätestens bis zum 5. des laufenden Monats bei der Bauabteilung des Polizeiamtes anzumelden, wo die eingehenden Bedarfsanmeldungen nach der Dringlichkeit gesichtet werden.

Am Ende des laufenden Monats findet beim Reichskommissar für Wohnungswesen eine Sitzung über die Zementverteilung statt, in der die Erzeugungsmöglichkeit an Hand der vom Reichskommissar für die Kohlenverteilung für die Zementindustrie in Aussicht gestellten Kohlenmengen festgestellt und die Verteilung vorgenommen wird.

Bei Ausstellung der Dringlichkeitsbescheinigungen kann nur der dringendste Bedarf berücksichtigt werden.

Lübeck, den 1. März 1920. (2292

Der Bezirkswohnungskommissar.
I. V.: Baltzer, Baudirektor.

Ausgabe von Petroleum.

Von Mittwoch, den 3. März 1920 ab kann auf die Abschnitte 15 und 16 der ausgegebenen „grünen" Karten

je 1½ Liter Petroleum,

auf die Abschnitte 15 und 16 der ausgegebenen „roten" Karten

je 1 Liter Petroleum

zum Preise von Mk. 3.20 für das Liter abgegeben und entnommen werden.

Lübeck, den 2. März 1920. (2281

Das Landesversorgungsamt.

Bekanntmachung
betreffend Höchstpreise für Frischwurst.

In Abänderung der Bekanntmachung vom 12. August 1919, betreffend Höchstpreise für Frischwurst, werden dieselben ab 1. März 1920 wie folgt festgesetzt:

Leberwurst . . . . .
Blutwurst . . . . . } Mk. 3,40 für das Pfund
Sülze . . . . . .
Gekochte Mettwurst Mk. 4,40 „ „ „

Lübeck, den 29. Februar 1920. (2280

Das Landesversorgungsamt.

Heinrich Heidmann
Paula Heidmann
geb. Rehweder.
Vermählte. (2262
Lübeck, 29. Februar 1920.

Deutscher
Eisenbahnerverbd.
Ortsgruppe Lübeck.

Am 26. vor. Mts. verunglückte tötlich unser Mitglied, der Rangierer

Julius Schulke.

Ehre seinem Andenken.
2268) **Der Vorstand.**

Nach kurzer Freude wurde uns heute unsere liebe kleine

Hildegard

durch den unerbittlichen Tod wieder entrissen. (2298

Fritz Stapelfeldt
und Frau **Anna** geb. **Beckmann.**
Hans Stapelfeldt
u. Frau geb. **Gutow.**
Carl Schlöpke
u. Frau verw. **Beckmann** geb. **Prüß.**
Lübeck, 29. Febr. 1920.

Am 1. März, morgens 4 Uhr, entschlief nach langen schweren Leiden meine liebe gute Frau und unsere gute Mutter, Schwester, Schwiegertochter, Schwägerin und Tante

Elisabeth Rackow
geb. Hartwig
im 38. Lebensjahre.

Im Namen der tieftrauernden Hinterbliebenen. 2291

Richard Rackow
nebst Kinder.

Die Beerdigung findet am Donnerstag, nachm. 4 Uhr, vom Trauerhause, Kücknitz, Kolonie 199, aus statt.

Nach langem, schweren Leiden entschlief heute sanft meine liebe Frau, unsere gute Mutter, Schwieger- und Großmutter

Elisabeth Oldenburg
geb. Bremer
im 60. Lebensjahre.

Tief betrauert, im Namen der Hinterbliebenen (2299

Heinrich Oldenburg
nebst Kindern
u. allen Angehörigen.

Lübeck, 29. Februar.
Arminstr. 34 a.

Die Trauerfeier findet am Sonnabend, dem 6. März, nachmittags 2½ Uhr in der Kapelle des Vorwerker Friedhofes statt.

Danksagung.

Sage hiermit allen, die meiner lieben Frau die letzte Ehre erwiesen und ihren Sarg so reich mit Kränzen schmückten, sowie Herrn Pastor Kasemann für die trostreichen Worte am Sarge meinen herzlichen Dank. (2284

Heinrich Knoop u. Kinder.
Schlutup.

Gesucht zum 1. April
Alleinmädchen
bei 2 Personen. (2278
Kaiser-Friedrich-Straße 11.

Gewandte Anlegerin
gesucht.
Werner & Hörnig,
Königstr. 47. (2250

Maurer, Zimmerer und Bauarbeiter
werden für Umbau Kurhaus Niendorf (Ostsee) eingestellt.
Zu melden beim Bauführer **Hochfeld,** dort. (2286
W. Torkuhl,
Baugeschäft, Lübeck.

Maurer
stellen ein (2274
H. Wandke u. Sohn
Geibelplatz 21.

Eine Gashängelampe zu verkaufen. (2273
Kahlhorststraße 1.

Kleiderschrank, Marinejoppe, Bücherbord, groß. Küchenbord u. kl. Waschtisch zu verkaufen. (2257
St. Annenstraße 8, p.

Wegen Umzug billig zu verkaufen **Eßgeschirr mit Zubehör und Möbeln.**
2289) Hundestr. 43/6.

Einfamilien-Haus z. verkaufen, Wohnung nachzuweisen. Kaiserstr. 4. (2293

Bertiko zu verk. Z. meld. 9—11 Uhr vorm. 2294
Langer Lohberg 27.

1 Postrock, Pfadfinderanz., 2 Turnhemden, -Hose und -Gürtel zu verk. (2256
Hüxstraße 111.

Zu verk. 2 Seegras-Matratzen billig. (2263
Rieck, Fackenb. Allee 46 c.

1 bl. Anzug u. 1 dunkelgestreifte **Hose,** Schrittl. 83 zu kaufen gesucht. Ang. u. **B D 43** an die Exp. (2254

Sofabord zu kaufen gesucht. Ang. unter **B W** an die Exp. d. Bl. (2285

Bettinlett, Waschtisch od. Waschkom. zu kaufen ges. Angeb. m. Pr. u. **B S** an die Exped. d. Bl. (2270

Großer od. klein. Kinderwagen zu kaufen gesucht. Angeb. m. Preis unt. **K B** an die Exp. d. Bl. (2301

Zu k. ges. Herrenfahrrad, gut erhalten, Blockwagen. Angeb. unter **B S** an die Exped. d. Bl. (2290

Zimmermanns-Samthose und -Weste für große Figur zu kaufen gesucht. Angeb. unter **W H** an die Exped. dieses Blattes. (2283

Zu kaufen gesucht
dunkle Hosen u. Kostüm
für ältere Frau. Ang. unt. **M S** a. d. Exp. (2260

Gut erhaltene Bettstelle gesucht, 1.90×88. (2261
M. Niemann, Trappenst. 16, E

10 D.-Maskenkostüme
zu vermieten. (2259
Sadowastraße 23, I.

Terrier zum Decken
gesucht. (2279
Warendorpstr. 7, pt.

Platin, künstliche Gebisse, Brennstifte, Altgold u. Silber, Brillanten
werden gekauft 2266
Goldschm. Tollgreve,
92 Königstr. 92.

Neu! Neu!
Der Kleine Roman
Wöchentlich
ein abgeschlossenes, illustr. Heft mit farbigem Titelblatt
Vierteljährlich 6 Mk.
Einzelheft 50 Pfg.

Nr. 1 Frank Wedekind: **„Marianne".**
Nr. 2 Heinr. Mann: **„Schauspielerin".**
Nr. 3 Freiherr von Gaudy: **„Aus dem Tagebuch eines wandernden Schneidergesellen".**
Nr. 4 Carl Bülcke: **„Die süße Lilly".**
Nr. 5 J. F. Perkonig: **„Die Versuchungen des Herrn Heiland".**
Nr. 6 Bruno Frank: **„Ein Abenteuer in Venedig".**

Buchhandlung
Friedr. Meyer & Co.
Johannisstraße 46.

Prima-Wechsel
in Block.
Zu beziehen
Friedr. Meyer & Co.,

Kaninchen-Züchter.
Halte meinen mit 94 Punkten präm. B. R.-Rammler zum Decken bereit. 2255
Brügmann, Warendorpstr. 2.

Visitenkarten
fertigt an
Friedr. Meyer & Co.

Schirmreparaturen,
auf Wunsch am gleichen Tage. **E. Teßmann,**
2258 Hundestr. 45.

Nach beendigter Holzarbeiter-Aussperrung wird nunmehr ersucht, die noch ausstehenden **Sammellisten** umgehend an **den Kartellkassierer** abzuliefern.
2267 **Die Kartellkommission**

Durch die enorme Steigerung des Leders, Lohn und sämtliche Kleinmaterialien sind wir gezwungen, unsere Preise zu erhöhen. Seit Aufhebung der Zwangswirtschaft ist das Leder um **1200 Proz.** gestiegen.

Schuhmacher-Zwangs-Innung.
2282

Brennspiritus.

Donnerstag, den 4. März Verkauf auf Marken, Wahmstr. 69, von 9 Uhr an.
Freitag, d. 5. März Verkauf ohne Marken, Wahmstr. 69, von 9 Uhr an. 2297
Spiritusflaschen sind mitzubringen.

J. J. Struve, Großvertriebsstelle für Spiritus.

Zahle
für
alte Gebisse
mit gewöhnlichen Platinzähnen
Keinen Zahn unter 18 Mk.
Bei wertvollerer Verarbeitung bis
300 Mk.
Kaufe Mittwoch, d. 3, u. Donnerstag, 4. März von 10—6 Uhr,
in Lübeck, Zentral-Hotel
Schüsselbuden 12, I. Etg., Zimmer 18.
2276) **Frl. Meyer.**